

**Wähler und Nichtwähler
zu Beginn des Wahljahres 2013
in Deutschland**

14. Februar 2013
q2762/27727 Gü/Le

Max-Beer-Str. 2/4
10119 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Problemstellung und Datengrundlage	2
1. Die Struktur der Nichtwähler und Unentschlossenen	4
2. Interessen der Wähler und Nichtwähler und Partizipationsbereitschaft	14
3. Informations- und Kommunikationsgewohnheiten	21
3.1 Informationsquellen	21
3.2 Nutzung einzelner TV-Anbieter	24
3.3 Internet-Nutzung	26
3.4 Nutzung von Programmangeboten im Fernsehen	28
3.5 Zeitungsnutzung	32
3.6 Urteile über die Politik-Berichterstattung	33
3.7 Gespräche über Politik	36
4. Meinungen zum politischen System in Deutschland	37
5. Wähler und Nichtwähler: Nähe und Distanz zu Wahlen	44
5.1 Partei-Identifikation	44
5.2 Vermutete Motive der Nichtwähler	48
6. Vermutete Folgen von Wahlrechtsänderungen	50
7. Ausgewogene Vertretung in Parlamenten?	54
8. Zusammenfassung	56
9. Schlussfolgerungen	61

Problemstellung und Datengrundlage

Die Zahl der Nichtwähler steigt in Deutschland stetig an. Diese Tendenz begann schon in den 1980er Jahren auf kommunaler Ebene und setzte sich bei Landtagswahlen und schließlich auch bei Bundestagswahlen fort. So stieg allein zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2009 die Zahl der Nichtwähler von 10,8 auf 18,1 Millionen. 2009 war der Anteil der Nichtwähler größer als bei der ersten Bundestagswahl 1949, als das politische System in Nachkriegsdeutschland noch nicht voll etabliert war.

Doch während die Wahlforschung im akademischen Rahmen und in privaten Sozialforschungsinstituten recht viel über die Wähler in Erfahrung gebracht hat, ist der Nichtwähler ein eher unbekanntes Wesen geblieben. Zudem sind die Beobachter des Wahlgesehens in der Bewertung des Phänomens Nichtwähler nicht einig. Einige verharmlosen diesen großen, in diesem Maße nur in Deutschland zu registrierenden Anstieg der Nichtwähler und bewerten ihn als „Normalisierungsprozess“. Die wachsende Wahlenthaltung wird als „aus Zufriedenheit entstandene Apathie“ eingeschätzt.

Um im Vorfeld der bevorstehenden Bundestagswahl im Herbst 2013 die Nichtwähler und deren Motive besser als bislang einschätzen und bewerten zu können, hat der Beirat der ProSiebenSat.1 Media AG sich mit dem Phänomen zunehmender Wahlabstinenz intensiv beschäftigt und forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH gebeten, eine spezifische Untersuchung zu diesem Problem vorzunehmen.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurde zunächst die vorliegende, allerdings im Vergleich zu anderen wahlsoziologischen Studien eher spärliche Literatur zum Phänomen der Nichtwähler gesichtet. Weiterhin wurden zur Vorbereitung der Hauptstudie drei Fokus-Gruppen in den Städten Berlin (Ost-Teil), Dortmund und München durchgeführt. Zu den drei Fokus-Gruppen wurden nur Nichtwähler eingeladen.

Das wichtigste Ergebnis dieser Fokus-Gruppen war, dass sich die Nichtwähler selbst nicht als Dauer-Nichtwähler fühlen, die bei allen kommenden Wahlen nicht mehr zur Wahl gehen wollen. Sie fühlen sich eher als „Wähler auf Urlaub“ und hoffen, bald wieder an Wahlen teilnehmen zu können.

Deshalb wurden in der Hauptstudie nicht nur Nichtwähler, sondern auch Wahlberechtigte, die sich an der nächsten Bundestagswahl beteiligen wollen, und „Unentschlossene“ befragt, also Wahlberechtigte, die derzeit angeben, nicht zu wissen, ob sie zur Wahl gehen oder nicht bzw. welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, falls sie sich an der Bundestagswahl beteiligen würden.

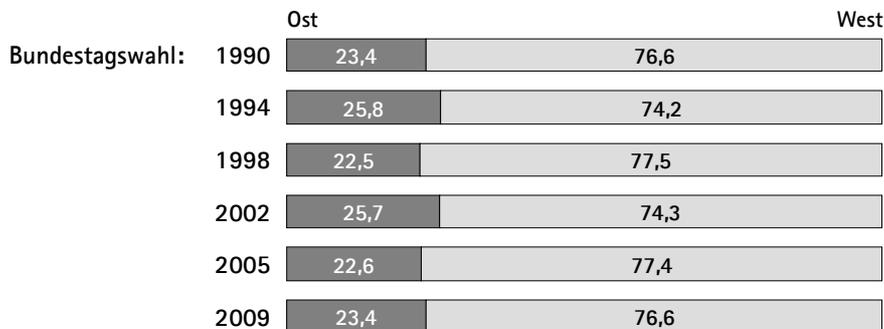
Nachdem diese drei Gruppen (Wähler, Unentschlossene und Nichtwähler) im Rahmen einer Vorbefragung rekrutiert wurden, wurde die eigentliche Befragung vom 17. Dezember 2012 bis 11. Januar 2013 mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Befragt wurden 1.004 Wähler (504 in den alten und 500 in den neuen Bundesländern), 500 Unentschlossene (je 250 in den alten und neuen Bundesländern) sowie 509 Nichtwähler (251 in den alten, 258 in den neuen Bundesländern).

Die wichtigsten Befunde werden im nachfolgenden dargestellt.

1. Die Struktur der Nichtwähler und Unentschlossenen

Die ostdeutschen Wahlberechtigten (neue Bundesländer und Ost-Berlin) sind unter den Nichtwählern bei den Bundestagswahlen seit 1990 in einem höheren Maße vertreten, als es der Verteilung der Wahlberechtigten auf Ost- und Westdeutschland entspricht. An diesem Verhältnis hat sich seit der ersten gesamtdeutschen Wahl wenig geändert.

■ Nichtwähler 1990 bis 2009 in Ost und West



Quelle: Das jeweilige amtliche Endergebnis der Bundestagswahl

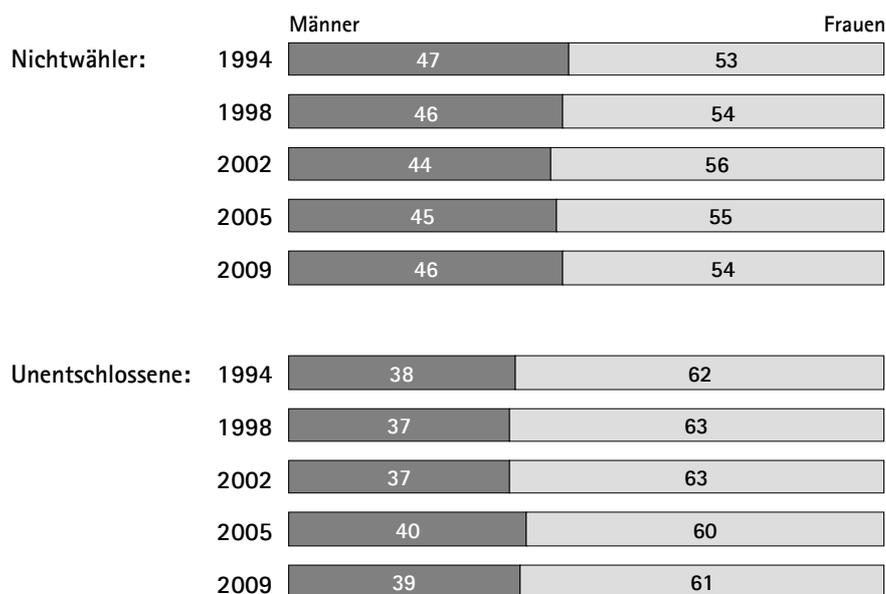
Die weiteren, im nachfolgenden wiedergegebenen Daten zur Struktur der Nichtwähler und Unentschlossenen wurden einer Untersuchung entnommen, die forsa für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung auf der Basis der von forsa im Rahmen der kontinuierlichen bundesweiten Erhebungen befragten Wahlberechtigten in den Wahljahren 1994, 1998, 2002, 2005 und 2009 durchgeführt hat. Die Datenbasis bestand aus insgesamt über 450.000 Wahlberechtigten und lieferte ein zuverlässiges Bild von der Struktur dieser beiden Gruppen. Außerdem lässt sich erkennen, inwieweit sich die Struktur der Nichtwähler und Unentschlossenen in diesem Zeitraum (1994 bis 2009) geändert hat oder nicht.

Bei denen, die sich selbst als „Nichtwähler“ bezeichnen, entspricht das Verhältnis zwischen Frauen und Männern in etwa dem Verhältnis der Geschlechter unter allen Wahlberechtigten.

In der Gruppe der „Unentschlossenen“ sind die Frauen - verglichen mit ihrem Anteil an allen Wahlberechtigten - deutlich überrepräsentiert.

Die Relation zwischen Frauen und Männern hat sich zwischen 1994 und 2009 in beiden Gruppen im Prinzip nicht geändert.

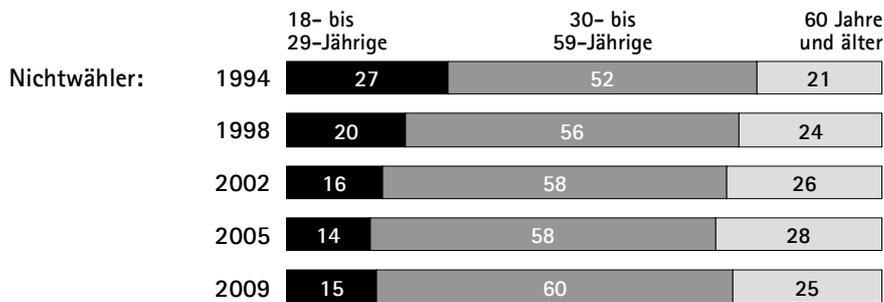
■ Nichtwähler und Unentschlossene 1994 bis 2009: Geschlecht



Quelle: forsa-Vorwahlumfragen (jeweils ca. 90.000 Befragte von Januar bis August)

Bei denen, die vor den Wahlen 1994, 1998, 2002, 2005 und 2009 im Rahmen der Vorwahlumfragen angaben, sich nicht an der kommenden Bundestagswahl beteiligen zu wollen, hat sich der Anteil der mittleren Altersgruppe (30- bis 59-Jährige) von 52 Prozent 1994 auf 60 Prozent 2009 erhöht. Dies deutet darauf hin, dass Wahlabstinenz auch ein erlerntes Verhalten ist: Jemand, der als junger Wahlberechtigter einer Wahl ferngeblieben ist, scheint dann auch bei den folgenden Wahlen zur Wahlenthaltung zu tendieren.

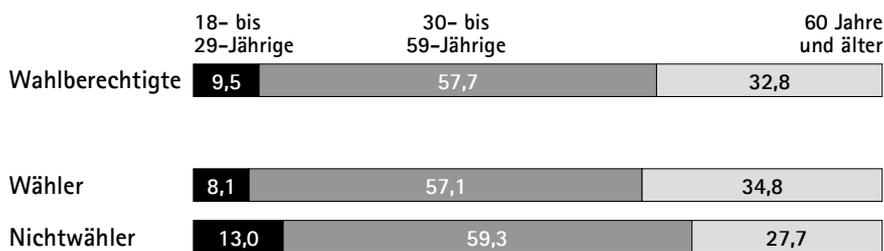
■ Nichtwähler 1994 bis 2009: Alter



Quelle: forsa-Vorwahlumfragen (jeweils ca. 90.000 Befragte von Januar bis August)

Dass jüngere und mittlere Altersgruppen (18- bis 29-Jährige sowie 30- bis 59-jährige) unter den Nichtwählern, die älteren Wahlberechtigten (über 60-Jährige) jedoch unter den Wählern stärker repräsentiert sind als in der Gesamtheit aller Wahlberechtigten, zeigen auch die Daten der Wähler und Nichtwähler bei der letzten Bundestagswahl 2009.

■ Wahlberechtigte, Wähler und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2009



Quelle: Repräsentative Wahlstatistik; eigene Berechnungen

Der Anteil der Hauptschüler unter den Nichtwählern und Unentschlossenen ist seit 1994 kontinuierlich geringer geworden. Größer geworden ist hingegen der Anteil der Nichtwähler bzw. Unentschlossenen mit weiterführender Schulbildung.

Dies dürfte aber kein Indikator für eine tatsächliche Veränderung der sozialen Struktur der Wahlverweigerer sein, sondern ist eher die Folge des Anstiegs der Wahlbürger mit weiterführenden Schulabschlüssen im Beobachtungszeitraum (so ist z.B. der Anteil der Hauptschüler nach den Daten des Mikrozensus zwischen 1995 und 2008 von 55,0 Prozent auf 45,2 Prozent zurückgegangen).

■ Nichtwähler und Unentschlossene 1994 bis 2009: Schulbildung

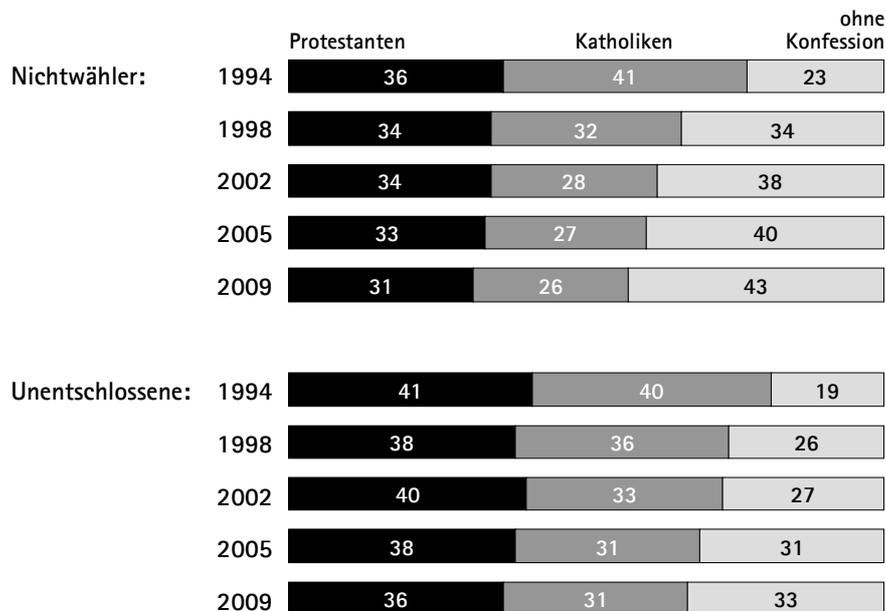
		Hauptschule	mittlerer Abschluss	Abitur / Studium
Nichtwähler:	1994	48	34	18
	1998	46	34	20
	2002	38	37	25
	2005	34	38	28
	2009	32	40	28
Unentschlossene:	1994	46	33	21
	1998	43	35	22
	2002	34	36	30
	2005	29	36	35
	2009	25	37	38

Quelle: forsa-Vorwahlumfragen (jeweils ca. 90.000 Befragte von Januar bis August)

Unter den Nichtwählern und - in etwas geringerem Maße auch unter den Unentschlossenen - nimmt der Anteil der Konfessionslosen seit 1994 kontinuierlich zu. Dementsprechend nimmt der Anteil der Protestanten und Katholiken ab.

Diese Veränderung ist ebenfalls auf einen generellen gesellschaftlichen Trend - Abnahme der kirchlichen Bindungen - zurückzuführen, der sich auch auf die Gruppe derer auswirkt, die zur Wahlenthaltung tendieren.

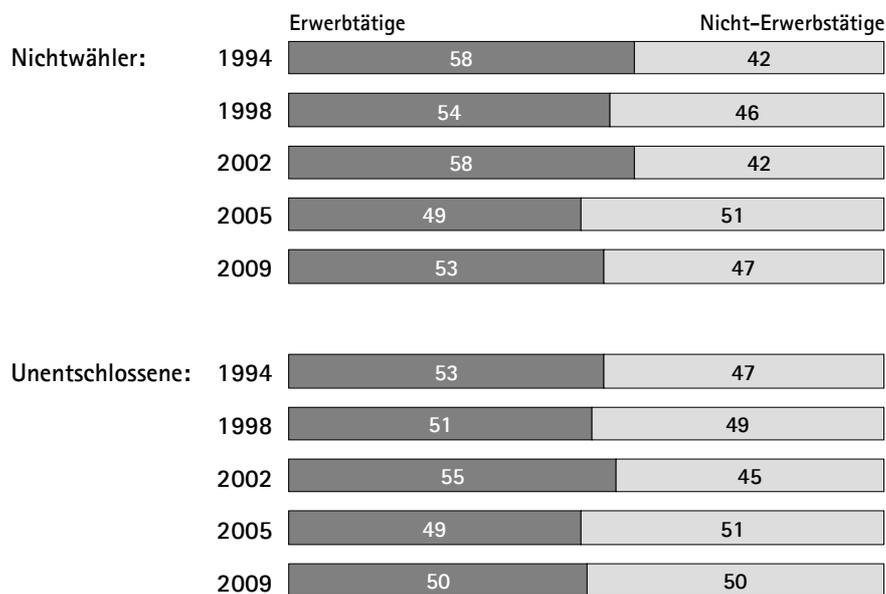
■ Nichtwähler und Unentschlossene 1994 bis 2009: Konfession



Quelle: forsa-Vorwahlumfragen (jeweils ca. 90.000 Befragte von Januar bis August)

Die Relation der Erwerbstätigen zu den Nicht-Erwerbstätigen hat sich zwischen 1994 und 2009 sowohl bei den Nichtwählern als auch bei den Unentschlossenen kaum verändert.

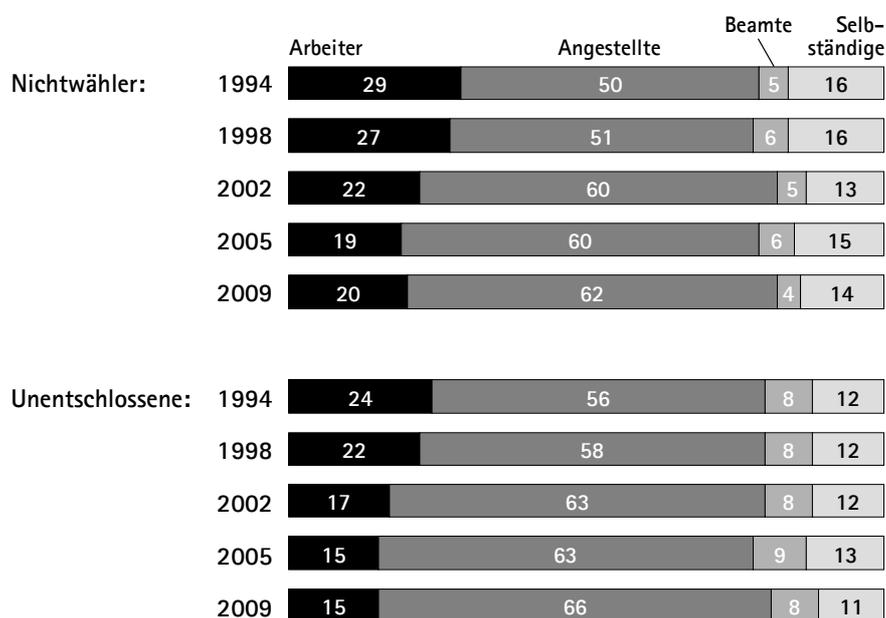
■ Nichtwähler und Unentschlossene 1994 bis 2009: Erwerbstätigkeit



Quelle: forsa-Vorwahlumfragen (jeweils ca. 90.000 Befragte von Januar bis August)

Bei den erwerbstätigen Nichtwählern und Unentschlossenen verschiebt sich - dem generellen gesellschaftlichen Wandel entsprechend - das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten. Der Anteil von Beamten und Selbständigen bleibt in etwa konstant.

■ Nichtwähler und Unentschlossene 1994 bis 2009: Stellung im Beruf



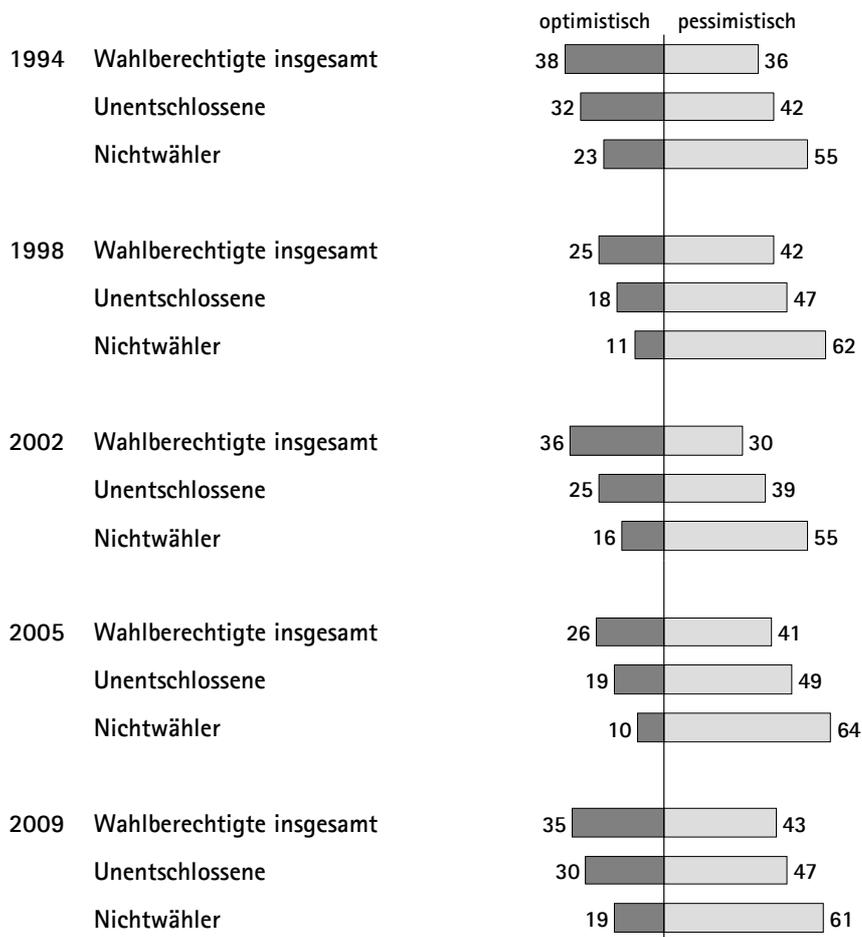
Quelle: forsa-Vorwahlumfragen (jeweils ca. 90.000 Befragte von Januar bis August)

Die Auswertung der forsa-Daten für die Jahre 1994 bis 2009 zeigt, dass es zwischen der soziodemografischen Struktur der Gruppe der Nichtwähler und der der Unentschlossenen Unterschiede gibt. Vor allem Frauen, Wahlbürger mit weiterführenden Schulabschlüssen, sowie Protestanten und Katholiken neigen offenbar dazu, sich nicht ausdrücklich als Nichtwähler zu deklarieren, sondern sich eher dem Lager der „Unentschlossenen“ zuzurechnen.

Größere Änderungen in der sozioökonomischen Struktur beider Gruppen sind jedoch zwischen 1994 und 2009 allerdings kaum zu registrieren.

Seit 1994 zeigt sich, dass die Unentschlossenen und vor allem die Nichtwähler deutlich pessimistischere Wirtschaftserwartungen haben als die Wahlberechtigten insgesamt.

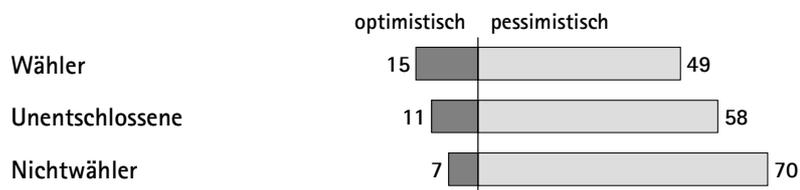
■ Nichtwähler und Unentschlossene 1994 bis 2009: Wirtschaftserwartungen



Quelle: forsa-Vorwahlumfragen (jeweils ca. 90.000 Befragte von Januar bis August)

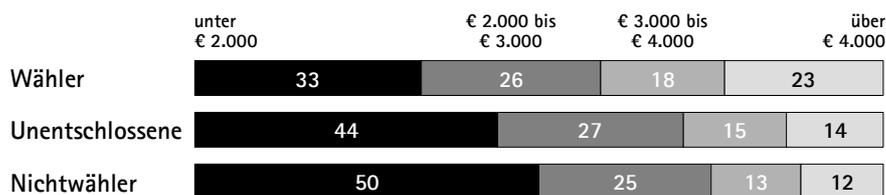
Die Unterschiede in den Wirtschaftserwartungen finden sich ebenso wie in den Wahljahren von 1994 bis 2009 auch aktuell: Während von den zur Jahreswende 2012/2013 befragten Wählern 49 Prozent pessimistische Erwartungen haben, erwarten 58 Prozent der Unentschlossenen und 70 Prozent der Nichtwähler eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland.

■ Wähler, Nichtwähler und Unentschlossene 2013: Wirtschaftserwartungen



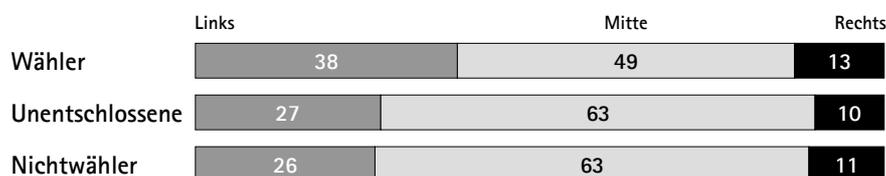
Dass die Wirtschaftserwartungen der Unentschlossenen und Nichtwähler weniger optimistisch als die der Wähler sind, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass das Haushaltsnettoeinkommen beider Gruppen geringer ist als das der Wähler.

■ Wähler, Nichtwähler und Unentschlossene 2013: Haushaltsnetto-Einkommen



Unentschlossene und Nichtwähler entstammen nicht - wie manche vermuten - dem linken oder rechten Rand des politischen Spektrums, sondern verorten sich selbst in höherem Maße als die Wähler in der politischen Mitte.

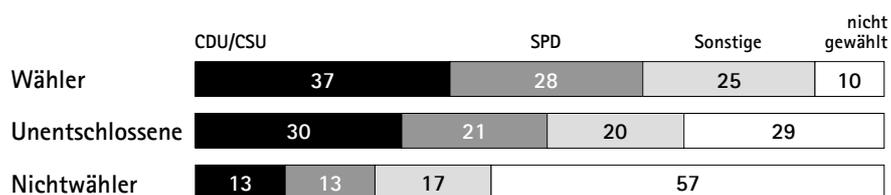
■ Wähler, Nichtwähler und Unentschlossene 2013: politische Selbsteinschätzung



Von denen, die bei der kommenden Bundestagswahl wählen wollen, haben sich nach eigenen Angaben auch 2009 90 Prozent an der Wahl beteiligt. Von den Unentschlossenen haben sich 71 Prozent an der letzten Bundestagswahl beteiligt.

Von den Nichtwählern aber gibt über die Hälfte (57 %) an, schon 2009 nicht gewählt zu haben.

■ Wähler, Nichtwähler und Unentschlossene 2013: 2009 gewählte Partei



2. Interessen der Wähler und Nichtwähler und Partizipationsbereitschaft

Häufig wird in der öffentlichen Diskussion unterstellt, dass die Mehrheit der Bürger in Deutschland am politischen Geschehen nicht mehr interessiert sei und Wahlentscheidungen von denen, die überhaupt noch wählen gehen, überwiegend gefühlsmäßig „aus dem Bauch heraus“ und nicht mehr überlegt mit Verstand getroffen würden.

Doch diese Sichtweise hat mit der Realität wenig zu tun. So stellt forsa seit fast 25 Jahren im Rahmen seiner laufenden Erhebungen täglich die Frage nach den wichtigsten Themen. Würde die These vom stetig zurückgehenden Interesse der Menschen am politischen Geschehen stimmen, müssten immer mehr Befragte auf diese offen, ohne jede Vorgaben gestellte Frage mit „weiß nicht“ antworten. Doch dies ist nicht der Fall: Nur wenige Befragte können oder wollen die Frage nicht beantworten. Ansonsten wird Tag für Tag eine Fülle von Themen genannt, die das Geschehen in Deutschland und der Welt reflektieren.

Die im Rahmen dieses Projekts durchgeführten Fokus-Gruppen mit Nichtwählern hatten ebenfalls gezeigt, wie groß das Interesse auch der Nichtwähler noch an dem ist, was alles in der Politik passiert. Die Teilnehmer aller drei Gruppen in Berlin (Ost-Teil), Dortmund und München haben extrem lebhaft über eine Vielzahl politischer Themen und Probleme diskutiert.

Mit diesen Befunden in Übereinstimmung sind auch die Ergebnisse der repräsentativen Befragung von Wählern und Nichtwählern. In allen drei Gruppen - Wähler, Unentschlossene und Nichtwähler - ist das Interesse an den verschiedenen Themen recht hoch. So interessieren sich zwischen 70 und 80 Prozent der Wähler stark oder sehr stark für das, was in ihrer Stadt bzw. Gemeinde passiert, für das politische Geschehen in Deutschland und der Welt sowie für alle Ereignisse im Bereich Wirtschaft und Finanzen. Über 60 Prozent der Wähler interessieren sich auch für Geschichte und kulturelle Ereignisse. Etwas weniger ausgeprägt ist das Interesse an Berichten über Sport oder das Leben der Prominenten.

Das Ausmaß des Interesses ist bei Unentschlossenen und Nichtwählern etwas niedriger als bei Wählern. Bürgerinnen und Bürger, die derzeit nicht an Wahlen teilnehmen wollen, sind aber keineswegs völlig desinteressiert an allem Geschehen.

▪ Themen-Interessen

Es interessieren sich stark bzw. sehr stark für:	Wähler		Unentschlossene		Nichtwähler	
	%		%		%	
Lokales und Regionales	79		86		76	
deutsche Politik	78		70		59	
internationale Politik	76		61		57	
Wirtschaft und Finanzen	72		64		60	
Geschichte	63		62		60	
Kultur	61		59		52	
Sport	42		40		44	
Leben der Prominenten	5		4		6	

Das Interesse an den einzelnen Themenbereichen ist bei Wählern, Unentschlossenen und Nichtwählern im Ost- und West-Teil des Landes ähnlich hoch und unterscheidet sich nur in Nuancen. So ist das Interesse am lokalen Geschehen bei den Wählern und Nichtwählern in den neuen Bundesländern etwas größer als in den alten Bundesländern. Dafür ist das Interesse der westdeutschen Wähler und Nichtwähler an Wirtschafts- und Finanzthemen etwas ausgeprägter als das Interesse der Ostdeutschen.

▪ Themen-Interessen: Ost und West

Es interessieren sich stark bzw. sehr stark für:	Wähler		Unentschlossene		Nichtwähler	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
	%	%	%	%	%	%
Lokales und Regionales	89	77	83	86	82	74
deutsche Politik	82	77	69	70	59	59
internationale Politik	75	76	61	61	54	59
Wirtschaft und Finanzen	68	73	64	64	55	63
Geschichte	69	63	63	62	66	58
Kultur	63	60	63	59	53	51
Sport	47	42	42	40	47	42
Leben der Prominenten	9	5	5	3	9	5

Wenn auch das generelle Interesse der Nichtwähler an den verschiedenen Themen nicht dramatisch geringer ist als das der Wähler oder Unentschlossenen, so ist dennoch festzustellen, dass sich die Nichtwähler für das politische Geschehen in Deutschland und die internationale Politik weniger stark interessieren als die Wähler. Während sich von den Wählern 78 Prozent stark für das politische Geschehen in Deutschland interessieren, sind es von den Nichtwählern nur 59 Prozent. Diese Differenz zwischen Nichtwählern und Wählern ist überdurchschnittlich groß bei den Ostdeutschen, den mittleren Altersgruppen (30- bis 59-Jährige) sowie den Arbeitern, Beamten und Selbständigen.

▪ **Interesse am politischen Geschehen in Deutschland**

Es interessieren sich stark bzw. sehr stark für das politische Geschehen in Deutschland

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	78	70	59
Ost	82	69	59
West	77	70	59
Männer	86	77	67
Frauen	68	65	50
18- bis 29-Jährige	61	49	44
30- bis 44-Jährige	72	61	50
45- bis 59-Jährige	78	64	55
60 Jahre und älter	84	82	69
Arbeiter	77	38	54
Angestellte	73	69	64
Beamte	88	86	55
Selbständige	90	53	64

Das trotz dieser graduellen Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern prinzipiell vorhandene Interesse aller drei Gruppen am politischen Geschehen wird auch durch die Antwort auf die Frage bestätigt, wo Einschränkungen bei der Berichterstattung der verschiedenen Medien am ehesten toleriert würden. Während man am ehesten auf Berichte über Prominente und einen Teil der Sportberichterstattung verzichten könnte, geben nur wenige an, dass die Berichterstattung über Politik und Wirtschaft entbehrlich sei.

Es zeigt sich auch hier wieder, dass die Nichtwähler ein ebenso großes Interesse an Informationen über das lokale Geschehen haben wie die Wähler, dass aber in Bezug auf das politische Geschehen in Deutschland und der Welt bei den Nichtwählern eine größere Distanz zu registrieren ist als bei denen, die sich noch an Wahlen beteiligen.

▪ In der Medienberichterstattung entbehrliche Rubriken

Falls Zeitungen und Fernsehen ihre Berichterstattung einschränken müssten, könnte weniger berichtet werden über...	Wähler	Unentschlossene	Nichtwähler
	%	%	%
... das Leben der Prominenten	92	92	89
... Sport	46	49	47
... Kultur	23	20	28
... Lokales und Regionales	12	12	10
... Wirtschaft	10	13	13
... Politik	7	10	17

Trotz allem auch bei den Nichtwählern noch vorhandenem Interesse am politischen Geschehen deuten schon die bisher dargestellten Ergebnisse auf eine Entfremdung zwischen Politik und den Schichten der Bevölkerung hin, die zur Wahlenthaltung tendieren.

Ein weiterer Hinweis auf diese Entfremdung zeigt sich bei den Antworten auf die Frage nach den größten Problemen in Deutschland. Während von den Wählern 28 Prozent ihren Unmut über die politischen Akteure (Politiker und Parteien) äußern, tun dies 34 Prozent der Nichtwähler (und auch der Unentschlossenen).

Ansonsten empfinden die Nichtwähler (und auch die Unentschlossenen) die Euro-Krise in nicht so starkem Maße wie die Wähler als großes Problem. Die Lage am Arbeitsmarkt wird dagegen von den Nichtwählern und Unentschlossenen etwas häufiger als von den Wählern als Problem genannt.

■ **Problemprioritäten Anfang 2013 *)**

Es nennen als wichtigstes Problem in Deutschland:	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
Euro-Krise	39	29	29
Finanznot des Staats	12	13	14
Lage am Arbeitsmarkt	28	31	31
Armut, soziales Gefälle	26	24	27
zu niedrige Löhne	10	7	13
ökonomische Lage	10	8	8
Renten	8	8	9
Bildungs- und Schulpolitik	14	16	9
Preissteigerungen	13	13	13
Sicherheit der Energieversorgung	12	13	10
Unmut über Politiker, Parteien	28	34	34

*) offen, ohne jede Vorgaben gestellte Frage

Geringer als bei Wählern und Unentschlossenen ist bei Nichtwählern die Engagement-Bereitschaft. So sind 53 Prozent der Wähler, aber nur 34 Prozent der Nichtwähler Mitglied in einem Verein oder einer anderen ehrenamtlichen Organisation.

Bei den Ostdeutschen, den Frauen sowie denjenigen ohne weiterführenden Schulabschluss unter den Nichtwählern ist die Engagementbereitschaft noch geringer als im Durchschnitt aller Nichtwähler.

- **Vereinsmitgliedschaft**

Es sind in einem Verein oder einer ehrenamtlichen Organisation tätig

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	53	47	34
Ost	39	37	27
West	55	49	37
Männer	53	50	39
Frauen	52	44	30
Hauptschule	48	39	30
mittlerer Abschluss	49	46	29
Abitur, Studium	57	53	43

Nichtwähler haben sich auch in etwas geringerem Maße als Wähler an Unterschriftenaktionen oder Bürgerinitiativen beteiligt. Die Beteiligung an Protestaktionen ist allerdings bei Nichtwählern genauso hoch wie bei Wählern.

Der Anteil derer, die sich an Unterschriftenaktionen, an Bürgerinitiativen oder an Protestaktionen beteiligt haben, ist bei Wählern und Nichtwählern überdurchschnittlich hoch bei denjenigen mit Abitur bzw. Hochschulstudium und vor allem bei den Befragten mit einer Affinität für die Grünen.

▪ **Partizipationsgrad**

Es haben sich schon einmal beteiligt an einer

	Unterschriftenaktion		Bürgerinitiative		Protestaktion	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
	%	%	%	%	%	%
insgesamt	62	51	30	26	24	23
Ost	61	51	29	24	22	20
West	62	52	30	27	24	24
Arbeiter	65	30	11	6	19	21
Angestellte	62	59	30	40	26	27
Beamte	70	53	35	29	35	21
Selbständige	65	53	39	24	33	23
Hauptschule	49	40	21	19	14	12
mittlerer Abschluss	58	53	25	22	18	21
Abitur, Studium	69	56	35	35	31	32
Grün-Affine	84	73	49	39	43	39

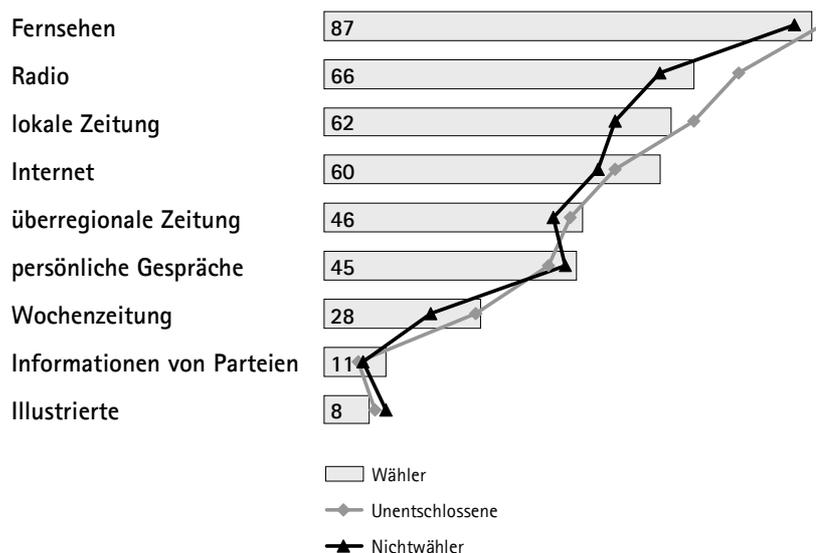
3. Informations- und Kommunikationsgewohnheiten

3.1 Informationsquellen

Die am häufigsten genutzten Informationsquellen, aus denen die Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler etwas über das Geschehen in Deutschland erfahren, sind die klassischen Medien Fernsehen, Radio und Zeitung (und zwar die Lokal-Zeitung) sowie das neue Medium Internet. Im Vergleich dazu werden die überregionalen Zeitungen sowie persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten, Nachbarn und Arbeitskollegen etwas weniger häufig genutzt, um sich über das Geschehen in Deutschland zu informieren. Wochenzeitungen und Magazine sowie Illustrierte und Informationen der Parteien werden nur in geringem Umfang genutzt.

Die Nichtwähler nutzen das Fernsehen sowie das persönliche Gespräch in ähnlichem Maße als die Wähler. Im Vergleich zu den Wählern werden von den Nichtwählern weniger häufig genutzt das Radio, Zeitungen (sowohl lokale als auch überregionale und Wochenzeitungen) sowie das Internet.

■ Informationsquellen für das Geschehen in Deutschland



Die Wähler in Westdeutschland nutzen die elektronischen Medien Fernsehen und Radio sowie die lokale Zeitung in etwas geringerem Maße als die ostdeutschen Wähler. Dafür nutzen die westdeutschen Wähler etwas häufiger als die Wähler in Ostdeutschland das Internet sowie überregionale und Wochenzeitungen.

Die Unentschlossenen in Westdeutschland nutzen das Radio, die Zeitung (die Lokal-Zeitung, vor allem aber überregionale und Wochenzeitungen) und das Internet häufiger als die ostdeutschen Unentschlossenen.

Westdeutsche Nichtwähler informieren sich weniger häufig als die Nichtwähler in Ostdeutschland mit Hilfe des Fernsehens, des Radios und der lokalen Tageszeitung, dafür häufiger mit Hilfe des Internets, der überregionalen Zeitungen und der persönlichen Gespräche.

■ Informationsquellen für das Geschehen in Deutschland in Ost und West

Über das, was in Deutschland passiert, informieren sich hauptsächlich durch:	Wähler		Unentschlossene		Nichtwähler	
	Ost %	West %	Ost %	West %	Ost %	West %
Fernsehen	90	86	89	89	88	82
Radio	69	66	71	74	65	59
lokale Zeitung	66	62	64	67	57	51
Internet	57	60	46	54	43	52
überregionale Zeitung	41	47	36	46	36	43
persönliche Gespräche	44	45	31	42	38	44
Wochenzeitung	24	29	18	28	20	19
Informationen von Parteien	13	11	7	6	5	7
Illustrierte	11	7	8	9	11	11

Deutliche Unterschiede in der Nutzung der verschiedenen Medien zeigen sich zwischen den einzelnen Altersgruppen der Wähler, der Unentschlossenen und der Nichtwähler.

Die 18- bis 29-jährigen und die 30- bis 45-jährigen Wähler nutzen die Zeitung (sowohl die lokale als auch die überregionale) in deutlich geringerem Maße als die älteren, über 45 Jahre alten Wähler. Dafür wird das Internet von den beiden jüngeren Altersgruppen deutlich häufiger als von den beiden älteren Altersgruppen genutzt. Insbesondere die über 60-jährigen Wähler nutzen das Internet viel weniger als etwa die unter 30-jährigen.

Mit Hilfe von persönlichen Gesprächen informieren sich alle Altersgruppen der Wähler in gleichem Maße.

▪ **Informationsquellen für das Geschehen in Deutschland: Wähler**

Über das, was in Deutschland passiert, informieren sich hauptsächlich durch:	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Fernsehen	95	73	88	90
Radio	69	71	74	58
lokale Zeitung	45	51	60	71
Internet	86	83	63	42
überregionale Zeitung	37	36	47	52
persönliche Gespräche	47	45	44	46
Wochenzeitung	21	18	31	32
Informationen von Parteien	6	6	7	17
Illustrierte	3	7	7	9

Bei den Nichtwählern zeigen sich hinsichtlich der Mediennutzung teilweise ähnliche Tendenzen wie bei den Wählern. So nutzen die jüngeren Nichtwähler die Zeitungen und auch die elektronischen Medien Fernsehen und Radio ebenfalls in geringerem Maße als die älteren Nichtwähler. Das Internet nutzen die jüngeren Nichtwähler aber ebenso wie bei den Wählern häufiger als die älteren Nichtwähler.

▪ **Informationsquellen für das Geschehen in Deutschland: Nichtwähler**

Über das, was in Deutschland passiert, informieren sich hauptsächlich durch:	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Fernsehen	65	66	86	91
Radio	42	49	68	60
lokale Zeitung	16	47	50	62
Internet	70	79	52	30
überregionale Zeitung	21	32	41	48
persönliche Gespräche	35	37	48	40
Wochenzeitung	14	19	19	21
Informationen von Parteien	0	3	8	7
Illustrierte	0	12	11	11

3.2 Nutzung einzelner TV-Anbieter

Diejenigen Wähler, die sich mit Hilfe des Fernsehens über das Geschehen in Deutschland informieren, nutzen in erster Linie die beiden öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF. Es folgen nach Angaben der befragten Wähler die Nachrichtensender n-tv, Phoenix und N24 sowie RTL. Sat.1 und Pro7 werden nur von wenigen Wählern, die sich mit Hilfe des Fernsehens informieren, genutzt.

Fernsehnutzer unter den Unentschlossenen nutzen etwas häufiger als die Wähler N24, RTL und Sat.1.

Nichtwähler, die sich mit Hilfe des Fernsehens über das Geschehen in Deutschland informieren, nutzen ARD und ZDF weniger häufig als die Wähler unter den Fernsehnutzern. Häufiger nutzen sie n-tv, N24, RTL, Sat.1 und Pro7.

- **Hauptsächlich genutzte TV-Sender *)**

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
ARD	86	86	74
ZDF	82	76	67
n-tv	33	29	41
Phoenix	27	19	31
N24	26	30	36
RTL	19	24	38
Sat.1	10	16	23
Pro7	8	8	18
Sonstige	28	29	25

*) Basis: Diejenigen, die sich durch Fernsehsender über das Geschehen in Deutschland informieren

Die Sehgewohnheiten unterscheiden sich bei den ost- und westdeutschen Wählern, die das Fernsehen als für sie wichtigste Informationsquelle für das Geschehen in Deutschland angeben, nur in Nuancen. Auffällig ist nur der höhere Anteil „sonstiger“ Sender bei den Ostdeutschen. Hierbei dürfte es sich im Wesentlichen um den MDR handeln, der mit seiner spezifischen Programmmischung den Befindlichkeiten der ehemaligen DDR-Bewohner offenbar weitgehend entgegenkommt.

Diese überdurchschnittliche Nutzung „sonstiger“ Sender findet sich auch bei den ostdeutschen Unentschlossenen und Nichtwählern, die sich durch das Fernsehen über das informieren, was in Deutschland passiert.

Wie bei den Wählern unterscheidet sich ansonsten die Nutzung der einzelnen Sender auch in der Gruppe der ost- und westdeutschen Unentschlossenen und Nichtwähler nur in Nuancen.

▪ **Hauptsächlich genutzte TV-Sender: Ost und West *)**

	Wähler		Unentschlossene		Nichtwähler	
	Ost %	West %	Ost %	West %	Ost %	West %
ARD	86	86	84	85	73	74
ZDF	78	82	75	76	67	67
n-tv	30	34	27	30	33	44
Phoenix	33	26	20	19	28	32
N24	27	25	28	30	32	37
RTL	23	18	29	22	40	38
Sat.1	10	10	15	16	23	23
Pro7	8	8	8	8	17	18
Sonstige	37	27	42	26	38	20

*) Basis: Diejenigen, die sich durch Fernsehsender über das Geschehen in Deutschland informieren

3.3 Internet-Nutzung

Von denen, die das Internet als Informationsquelle für das Geschehen in Deutschland nutzen, haben die meisten Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler Zugang zum Netz mit Hilfe eines Laptops (Notebooks) bzw. eines feststehenden Computers. Es folgen Handys, Tablet-PCs und TV-Geräte mit Internetzugang werden dagegen nur von wenigen derjenigen genutzt, die sich über das Internet über die Politik in Deutschland informieren.

Die Art des Zugangs zum Internet unterscheidet sich in den drei Gruppen nur unwesentlich.

- Nutzung des Internets *)

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
Laptop/Notebook	72	62	65
Feststehender Computer	57	66	66
Handy	32	23	26
Tablet-PC	16	10	13
TV-Gerät mit Internetzugang	10	8	8

*) Basis: Diejenigen, die sich über das Internet über das Geschehen in Deutschland informieren

Diejenigen, die sich mit Hilfe des Internets informieren, nutzen in erster Linie die Internetseiten von Zeitungen. Dies gilt für die Wähler und Unentschlossenen, aber - wenn auch in etwas abgeschwächter Form - ebenfalls für die Nichtwähler. Die Seiten der TV-Anbieter werden am häufigsten von den Wählern, die von Behörden am häufigsten von Nichtwählern genutzt. Soziale Netzwerke sowie Blogs oder Internet-Foren werden von den Nichtwählern in etwas stärkerem Maße genutzt als von den beiden anderen Gruppen.

▪ **Genutzte Internetseiten *)**

Es nutzen die Internetseiten von	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
Zeitungen	72	71	65
TV-Sendern	45	34	37
Behörden	35	32	40
NGOs	31	27	28
sozialen Netzwerken	22	17	30
politischen Parteien	15	12	10
Blogs, Foren	12	12	22
einzelnen Politikern	6	7	5

*) Basis: Diejenigen, die sich über das Internet über das Geschehen in Deutschland informieren

Diejenigen, die sich mit Hilfe von Internetseiten von Fernsehsendern informieren, nutzen in erster Linie die Seiten der öffentlich-rechtlichen Anbieter ARD und ZDF. Die Seiten der privaten Anbieter werden im Vergleich dazu in deutlich geringerem Umfang genutzt.

▪ **Genutzte Internetseiten von TV-Anbietern *)**

Es nutzen die Internetseite von	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
ARD	67	58	48
ZDF	50	57	40
n-tv	23	15	22
N24	11	16	17
RTL	9	16	22
Phoenix	9	12	11
Pro7	4	7	8
Sat.1	2	8	3
sonstige Sender	16	21	15

*) Basis: Diejenigen, die die Internetseiten von TV-Anbietern nutzen

3.4 Nutzung von Programmangeboten im Fernsehen

Nachrichtensendungen im Fernsehen verfolgen nach eigenen Angaben drei Viertel der Wähler und Unentschlossenen sowie zwei Drittel der Nichtwähler regelmäßig.

Während sich der Anteil derer, die regelmäßig TV-Nachrichten verfolgen, zwischen Ost- und Westdeutschen sowie zwischen Männern und Frauen nicht unterscheidet, finden sich deutliche Unterschiede in den einzelnen Altersgruppen. So verfolgen vor allem die 18- bis 29-jährigen Unentschlossenen und Nichtwähler in deutlich geringerem Maße als die anderen Altersgruppen Nachrichtensendungen der TV-Anbieter.

- Nutzung von TV-Nachrichten

Es verfolgen regelmäßig Nachrichtensendungen
im Fernsehen

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	77	75	68
Ost	79	76	69
West	77	75	67
Männer	79	74	68
Frauen	75	76	67
18- bis 29-Jährige	55	39	35
30- bis 44-Jährige	60	60	51
45- bis 59-Jährige	75	70	67
60 Jahre und älter	90	90	80

Bei der Frage, ob nach der persönlichen subjektiven Einschätzung das Ausmaß und der Umfang der Nachrichtensendungen der einzelnen Fernsehsender ausreichend ist, kann die Mehrheit der Wähler, Unentschlossenen und Nichtwählern für die privaten Anbieter RTL, Sat.1 und Pro7 keine Angaben machen.

Der Umfang der Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD und ZDF wird von einer Mehrheit aller drei Gruppen als ausreichend beurteilt.

▪ Meinungen zum Umfang von TV-Nachrichten

Das Ausmaß und der Umfang der Nachrichtensendungen von...		... ist ausreichend		
		ja %	nein %	weiß nicht %
... ARD	Wähler	78	16	6
	Unentschlossene	74	17	9
	Nichtwähler	62	21	17
... ZDF	Wähler	76	14	10
	Unentschlossene	74	13	13
	Nichtwähler	61	18	21
... RTL	Wähler	24	16	60
	Unentschlossene	33	9	58
	Nichtwähler	41	12	47
... Sat.1	Wähler	20	12	68
	Unentschlossene	25	9	66
	Nichtwähler	30	13	57
... Pro7	Wähler	16	13	71
	Unentschlossene	18	7	75
	Nichtwähler	25	13	62

17 Prozent der Wähler, 14 Prozent der Unentschlossenen und 11 Prozent der Nichtwähler geben an, sich regelmäßig Talkshows anzuschauen. Politische Magazine im Fernsehen sehen 14 Prozent der Wähler, 10 Prozent der Unentschlossenen und 9 Prozent der Nichtwähler regelmäßig.

Talkshows und politische Magazine werden von den Älteren in allen drei Gruppen häufiger gesehen als von den Jüngeren.

▪ Nutzung von Talkshows und politischen Magazinen

	Es schauen sich regelmäßig an					
	Talkshows			politische Magazine		
	Wähler %	Unent- schlossene %	Nicht- wähler %	Wähler %	Unent- schlossene %	Nicht- wähler %
insgesamt	17	14	11	14	10	9
Ost	17	15	12	15	12	9
West	17	13	11	14	10	9
Männer	18	13	12	15	13	10
Frauen	16	14	11	13	8	9
18- bis 29-Jährige	4	0	0	6	0	0
30- bis 44-Jährige	10	4	6	11	5	6
45- bis 59-Jährige	14	8	9	14	8	9
60 Jahre und älter	26	24	17	16	16	13

Dass es im deutschen Fernsehen genügend Talkshows gibt, meinen 58 Prozent der Wähler, 60 Prozent der Unentschlossenen und 46 Prozent der Nichtwähler.

Die heute in den Talkshows behandelten Themen interessieren 35 Prozent der Wähler, 39 Prozent der Unentschlossenen und 44 Prozent der Nichtwähler nicht.

Recht einhellig meinen über 60 Prozent sowohl der Wähler als auch der Unentschlossenen und Nichtwähler, dass in den heutigen Talkshows zuviel gestritten und durcheinandergeredet wird.

▪ Meinungen zu Talkshows

	Es gibt genügend Talkshows im Fernsehen %	Die in Talkshows behandelten Themen interessieren %	In Talkshows wird zu viel gestritten und durcheinandergeredet %
Wähler	58	57	62
Unentschlossene	60	49	66
Nichtwähler	46	46	63

3.5 Zeitungsnutzung

Eine Tageszeitung, die ins Haus gebracht wird, lesen regelmäßig 66 Prozent der Wähler, 69 Prozent der Unentschlossenen und 52 Prozent der Nichtwähler.

In allen drei Gruppen nutzen die über 60-Jährigen die lokale Zeitung deutlich häufiger als die 18- bis 29-Jährigen.

Von den Arbeitern unter den Wählern und Unentschlossenen lesen 50 Prozent, von den Arbeitern unter den Nichtwählern nur 36 Prozent eine Zeitung.

Regelmäßig die BILD-Zeitung lesen 9 Prozent der Wähler, 10 Prozent der Unentschlossenen und 14 Prozent der Nichtwähler.

Arbeiter in allen drei Gruppen, die in unterdurchschnittlichem Maße eine Abonnement-Zeitung lesen, lesen deutlich öfter die BILD-Zeitung als der Durchschnitt aller Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler.

- Zeitungsnutzung

	Es lesen regelmäßig					
	eine Tageszeitung			BILD		
	Wähler	Unent- schlossene	Nicht- wähler	Wähler	Unent- schlossene	Nicht- wähler
	%	%	%	%	%	%
insgesamt	66	69	52	9	10	14
Ost	69	66	59	11	11	14
West	66	69	50	9	9	14
Männer	64	71	53	13	9	14
Frauen	69	67	51	6	10	15
18- bis 29-Jährige	51	38	37	12	24	14
30- bis 44-Jährige	44	55	29	12	15	21
45- bis 59-Jährige	62	63	50	9	6	11
60 Jahre und älter	83	82	67	8	9	14
Arbeiter	52	50	36	31	19	21

3.6 Urteile über die Politik-Berichterstattung

Eine Mehrheit der Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler (71, 80 bzw. 62 %) fühlt sich in ausreichendem Maße über Politik informiert.

Dementsprechend attestiert auch eine Mehrheit in allen drei Gruppen (70 Prozent der Wähler, 68 Prozent der Unentschlossenen und 58 Prozent der Nichtwähler) den Medien, sie würden in ausreichendem Maße über Politik informieren.

- Meinungen zum Umfang der Politik-Berichterstattung in den Medien

	Es fühlen sich ausreichend über Politik informiert			Die Medien berichten in ausreichendem Maße über Politik		
	Wähler	Unent- schlossene	Nicht- wähler	Wähler	Unent- schlossene	Nicht- wähler
	%	%	%	%	%	%
insgesamt	71	70	62	70	68	58
Ost	74	68	64	70	70	62
West	70	70	61	70	69	56
Männer	71	70	61	69	67	58
Frauen	70	70	63	70	71	58
18- bis 29-Jährige	64	50	51	65	42	44
30- bis 44-Jährige	68	70	64	64	74	59
45- bis 59-Jährige	74	69	56	73	75	53
60 Jahre und älter	71	74	69	70	65	63
Arbeiter	47	67	54	43	73	56
Angestellte	71	71	52	70	69	58
Beamte	77	88	68	91	86	88
Selbständige	74	61	66	72	51	53

Die große Mehrheit der Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler (84, 81 bzw. 76 %) meint, man könne immer gut verstehen, was die Medien berichten. Diese Einschätzung unterscheidet sich im Osten und Westen des Landes nicht.

Nur eine Minderheit (35 Prozent der Wähler, 27 Prozent der Unentschlossenen und 29 Prozent der Nichtwähler) ist jedoch der Meinung, dass sich auch die Politiker verständlich ausdrücken. Auch in dieser Einschätzung unterscheiden sich die Ost- und Westdeutschen nicht.

- **Verständlichkeit von Politik und Medien**

		Man kann immer gut verstehen was die	
		Politiker meinen	Medien berichten
		%	%
insgesamt	Wähler	35	84
	Unentschlossene	27	81
	Nichtwähler	29	76
Ost	Wähler	38	85
	Unentschlossene	28	84
	Nichtwähler	29	73
West	Wähler	34	84
	Unentschlossene	27	80
	Nichtwähler	29	77

Auf die offen, ohne jede Vorgabe gestellte Frage nach den Fernsehsendern, die besonders gut verständlich sind, nennen 43 Prozent der Wähler die ARD, 33 Prozent das ZDF. Alle anderen Anbieter werden von weniger als 10 Prozent genannt. Sat.1 und Pro7 nennen jeweils 1 Prozent der Wähler.

Von den Unentschlossenen und Nichtwählern werden ARD und ZDF weniger oft als von den Wählern als besonders verständliche Sender genannt.

- Gut verständliche Fernsehsender

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
ARD	43	36	27
ZDF	33	23	22
Phoenix	7	6	5
Dritte ARD-Programme	7	11	8
RTL	6	8	13
n-tv	4	3	7
N24	3	4	4
Arte	2	2	2
3Sat	2	1	0
Sat.1	1	1	2
Pro7	1	1	1

3.7 Gespräche über Politik

Regelmäßig über Politik sprechen 36 Prozent der Wähler, 27 Prozent der Unentschlossenen und 31 Prozent der Nichtwähler mit ihren Freunden, Bekannten oder Arbeitskollegen. Die Nichtwähler unterscheiden sich generell in ihrer Gesprächsintensität nicht wesentlich von den beiden anderen Gruppen. Dies gilt aber nicht für die Arbeiter: Hier ist das Ausmaß der Gespräche über Politik bei den Unentschlossenen und Nichtwählern deutlich geringer als bei den Wählern.

Die Gesprächsintensität nimmt im übrigen mit dem Grad der Schulbildung deutlich zu - und das in allen drei Gruppen.

- **Gespräche über Politik**

	Es sprechen regelmäßig über Politik		
	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	36	27	31
Ost	32	27	28
West	37	27	32
Männer	41	34	40
Frauen	30	23	22
Arbeiter	47	13	17
Angestellte	35	23	32
Beamte	45	45	38
Selbständige	39	43	42
Hauptschule	21	11	25
mittlerer Abschluss	32	25	26
Abitur, Studium	44	37	40

Die große Mehrheit sowohl der Wähler als auch der Unentschlossenen und Nichtwähler (82, 80 bzw. 75 %) gibt an, bei Gesprächen über Politik nicht nur einfach zuzuhören, sondern auch immer die eigene Meinung zu äußern. Nichtwähler unterscheiden sich insofern in ihrem Kommunikationsverhalten bei Gesprächen über Politik nach eigener subjektiver Einschätzung nicht von den beiden anderen Gruppen.

4. Meinungen zum politischen System in Deutschland

Mit dem politischen System, so wie es die vielen Väter und wenigen Mütter des Grundgesetzes nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und nach den unseligen Erfahrungen mit dem Scheitern des ersten Versuchs, die Demokratie in Deutschland einzuführen, festgeschrieben haben, ist auch mehr als 60 Jahre später die Mehrheit der Bürger in Deutschland (ob Wähler, Unentschlossene oder Nichtwähler) überwiegend zufrieden.

Mit der Politik, so wie sie heute von den Parteien und Politikern betrieben wird, ist jedoch nur noch eine Minderheit zufrieden. Vor allem von den Nichtwählern sind nur noch wenige (15 %) mit der Art und Weise, wie die politischen Akteure heute Politik betreiben, zufrieden. Von den Unentschlossenen und Wählern sind 22 bzw. 37 Prozent zufrieden. Ostdeutsche und weibliche Wähler sind mit der gegenwärtig praktizierten Politik noch weniger zufrieden als die anderen Wählergruppen. Von den Nichtwählern sind alle gleichermaßen unzufrieden.

Obwohl auch eine Mehrheit der Nichtwähler mit dem im Grundgesetz festgelegten politischen System generell noch zufrieden ist, ist der Anteil der Zufriedenen mit 64 Prozent um 25 Prozentpunkte niedriger als bei den Wählern mit 89 Prozent. Der in den letzten Jahren immer größer gewordene Unmut über die praktizierte Politik kann also im Laufe der Zeit durchaus auch negative Folgen für die Akzeptanz des gesamten politischen Systems haben.

▪ Zufriedenheit mit der Politik

	Es sind zufrieden					
	mit dem im Grundgesetz festgelegten politischen System			mit der praktizierten Politik		
	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	89	73	64	37	22	15
Ost	77	61	53	32	17	12
West	91	76	68	38	24	16
Männer	91	79	68	40	23	13
Frauen	86	69	59	24	22	17
18- bis 29-Jährige	92	71	63	45	43	14
30- bis 44-Jährige	91	80	70	35	23	12
45- bis 59-Jährige	91	73	62	36	21	14
60 Jahre und älter	85	70	63	39	21	17

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde weisen auf eine Gefahr hin, dass sich bei denjenigen, die irgendwann ins Lager der Nichtwähler gelangen, die Distanz zum politischen System laufend vergrößert.

So schätzen z.B. 76 Prozent der Wähler und 62 Prozent der Unentschlossenen die Bedeutung von Wahlen hoch ein und halten es für wichtig, dass möglichst viele Bürger auch wählen gehen. Doch nur noch 48 Prozent der Nichtwähler sind dieser Meinung. Vor allem die jüngeren, unter 30 Jahre alten Nichtwähler schätzen die Bedeutung von Wahlen gering ein.

■ Bedeutung von Wahlen

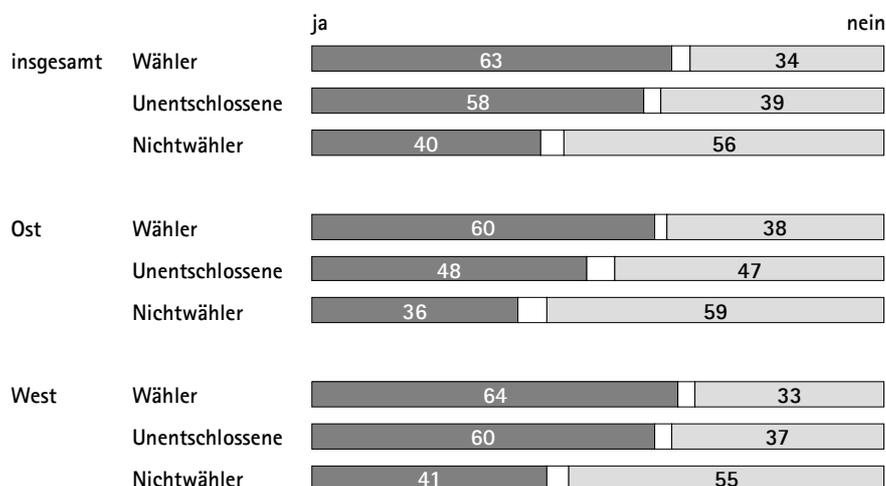
Es ist sehr wichtig, dass möglichst viele Bürger wählen gehen

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	76	62	48
Ost	71	60	40
West	77	63	51
18- bis 29-Jährige	75	74	35
30- bis 44-Jährige	74	54	55
45- bis 59-Jährige	77	60	45
60 Jahre und älter	76	66	50

Die gleiche Tendenz zeigt sich auch bei der Einschätzung, welche Bedeutung die Stimme der Wähler hat. Während eine Mehrheit der Wähler und der Unentschlossenen (63 bzw. 58 %) der Meinung ist, dass der Wähler mit seiner Stimmabgabe darüber entscheidet, welche Politik in Deutschland gemacht wird, glauben dies nur 40 Prozent der Nichtwähler. Dabei äußern sich die ostdeutschen Nichtwähler noch kritischer als die westdeutschen.

■ Bedeutung der Stimmabgabe

Der Wähler entscheidet mit seiner Stimme darüber, welche Politik in Deutschland gemacht wird



Deutliche Unterschiede zwischen den drei Gruppen zeigen sich auch bei der Einschätzung der Bedeutung der Politik generell. Während eine Mehrheit der Wähler (80 %) und auch der Unentschlossenen (65 %) der Meinung ist, dass es für den Einzelnen sehr wichtig sei, was in der Politik vorgehe, glaubt dies nur eine Minderheit der Nichtwähler (46 %). Vor allem die ostdeutschen, die weiblichen sowie die unter 30-jährigen und die über 60-jährigen Nichtwähler schätzen die Bedeutung der Politik gering ein.

▪ **Bedeutung der Politik**

	Was in der Politik vorgeht, ist sehr wichtig					
	Wähler		Unent- schlossene		Nichtwähler	
	ja %	nein *) %	ja %	nein *) %	ja %	nein *) %
insgesamt	80	18	65	32	46	52
Ost	73	25	62	35	38	60
West	81	17	65	31	48	49
Männer	84	15	64	32	51	48
Frauen	74	22	65	32	41	56
18- bis 29-Jährige	81	16	80	14	42	58
30- bis 44-Jährige	79	18	63	36	51	47
45- bis 59-Jährige	81	17	66	30	49	48
60 Jahre und älter	79	19	62	33	41	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Wie groß die Entfremdung zwischen dem Lager der Nichtwähler und der Politik schon geworden ist, zeigt auch das folgende Ergebnis: 61 Prozent der Nichtwähler haben sich in die private Sphäre zurückgezogen. Das Privatleben wird für wichtiger gehalten als eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, das nur 33 Prozent der Nichtwähler noch für wichtig halten

Bei den Wählern halten immerhin noch 50 Prozent ein gesellschaftliches Engagement für wichtig; 46 Prozent meinen, das Privatleben sei wichtiger.

Vor allem die jüngeren Nichtwähler geben in hohem Maße (77 %) dem Privaten Vorrang vor gesamtgesellschaftlichen Belangen.

▪ **Gesellschaftliches Engagement oder Konzentration auf das Privatleben**

	Es ist persönlich wichtiger					
	aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben			Konzentration auf das Privatleben		
	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	50	44	33	46	50	61
Ost	49	44	39	49	50	58
West	50	44	31	46	50	62
Männer	57	44	32	39	45	60
Frauen	42	43	33	55	53	61
18- bis 29-Jährige	47	33	16	53	61	77
30- bis 44-Jährige	44	32	29	51	57	61
45- bis 59-Jährige	48	42	33	50	52	60
60 Jahre und älter	56	51	36	40	44	59
Arbeiter	30	29	40	65	70	60
Angestellte	45	42	35	52	48	58
Beamte	68	33	32	32	47	59
Selbständige	55	25	27	45	60	60

Die im Vergleich zu den Wählern und Unentschlossenen größere Distanz der Nichtwähler zur Politik zeigt sich auch daran, dass 20 Prozent aller Nichtwähler (27 Prozent in Ost- und 18 Prozent in Westdeutschland) Wahlen als nichts Besonderes einschätzen. Nur 22 Prozent der Nichtwähler (gleichermaßen in Ost und West) meinen, es sei die Pflicht jedes Bürgers, sich an Wahlen zu beteiligen.

Von den Wählern und Unentschlossenen glauben immerhin doppelt so viele (jeweils 41 %), dass es wichtig sei, dass sich viele Bürger an Wahlen beteiligen.

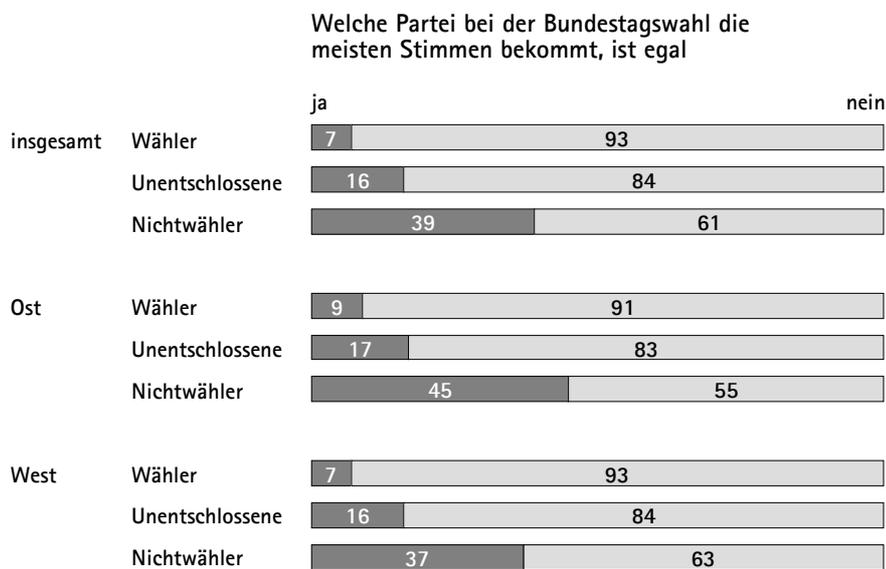
- Einstellungen zu Wahlen

		Sich an Wahlen zu beteiligen, ist die Pflicht jedes Bürgers	Wählen zu können ist ein wichtiges Privileg	Wahlen sind eigentlich nichts Besonderes
		_____ %	_____ %	_____ %
insgesamt	Wähler	41	57	2
	Unentschlossene	41	56	3
	Nichtwähler	22	58	20
Ost	Wähler	43	53	4
	Unentschlossene	41	55	4
	Nichtwähler	22	51	27
West	Wähler	41	58	1
	Unentschlossene	40	56	4
	Nichtwähler	22	60	18

39 Prozent der Nichtwähler ist es derzeit egal, wie die kommende Bundestagswahl im Herbst ausgeht und welche Partei die meisten Stimmen erhält. Von den ostdeutschen Nichtwählern meint dies sogar fast die Hälfte (45 %).

Von den Wählern und Unentschlossenen glauben hingegen 93 bzw. 84 Prozent, dass es wichtig und nicht egal sei, wie die einzelnen Parteien bei der kommenden Bundestagswahl abschneiden.

■ Bedeutung der Bundestagswahl 2013



5. Wähler und Nichtwähler: Nähe und Distanz zu Wahlen

5.1 Partei-Identifikation

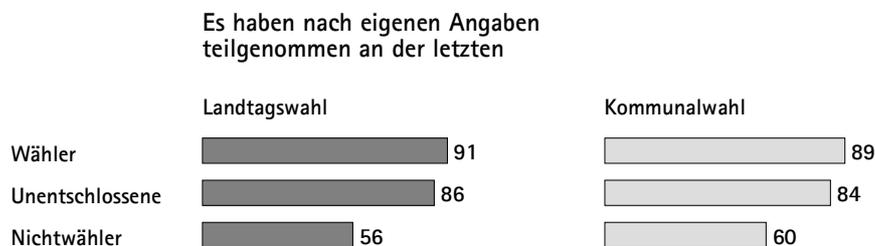
Die meisten derjenigen, die sich an der kommenden Bundestagswahl beteiligen wollen, haben sich nach eigenen Angaben auch an der letzten Landtagswahl (91 %) bzw. Kommunalwahl (89 %) beteiligt. Von den Unentschlossenen geben 86 bzw. 84 Prozent an, sich an der letzten Wahl auf Landes- bzw. kommunaler Ebene beteiligt zu haben.

Aber auch von denen, die sich an der kommenden Bundestagswahl nicht beteiligen wollen, sagen 56 bzw. 60 Prozent, sie seien bei den letzten Landtags- bzw. Kommunalwahlen zur Wahl gegangen.

Da in Deutschland seit jeher immer mehr Bürger in Befragungen angeben, sich an einer Wahl beteiligen zu wollen bzw. an einer zurückliegenden Wahl teilgenommen zu haben als es tatsächlich der Fall ist, sind diese Angaben eindeutig überhöht. Dies gilt insbesondere für die Kommunalwahlbeteiligung, weil bei lokalen Wahlen die meisten Wahlberechtigten zu Hause bleiben.

Schon in früheren Untersuchungen von „echten“ Nichtwählern - so die infas-Untersuchung von 1970 - haben sich viele Nichtwähler auch nach Wahlen nicht zu ihrer Wahlabstinenz bekannt bzw. ihre Wahlenthaltung verdrängt. Auch in der vorliegenden Untersuchung dürften insofern viele Nichtwähler angeben, zur Wahl gegangen zu sein, obwohl sie in Wirklichkeit zu Hause geblieben sind.

■ Teilnahme an der letzten Landtags- bzw. Kommunalwahl



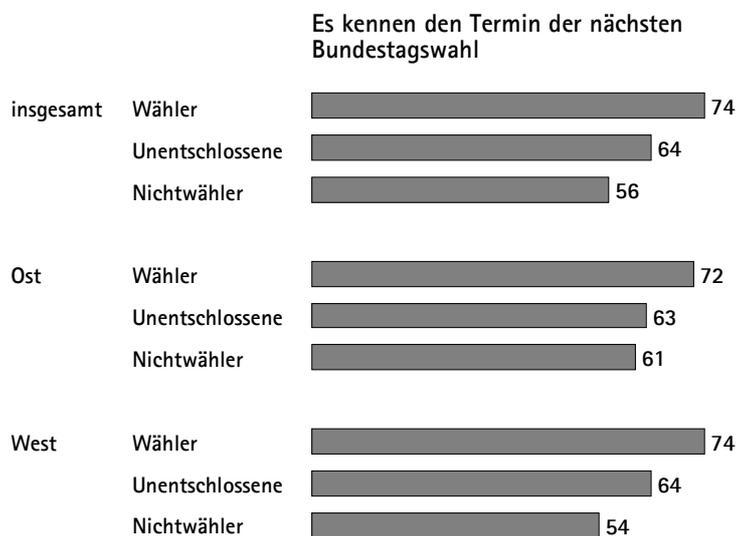
Die Tatsache, dass sich viele Nichtwähler noch als Wähler deklarieren, dürfte darauf hindeuten, dass sie sich selbst noch nicht als dauerhafte Nichtwähler fühlen, sondern eigentlich bei einer der kommenden Wahlen gerne wieder wählen möchten.

Diese Annahme wird auch dadurch bestätigt, dass eine Mehrheit der Nichtwähler (56 %) den Termin der nächsten Bundestagswahl nennen kann. Den Wahltermin kennen die ostdeutschen Nichtwähler noch häufiger als die westdeutschen.

Von denen, die sich an der kommenden Bundestagswahl beteiligen wollen, kennen 74 Prozent den Termin der Wahl.

Im Vergleich zur Bekanntheit der Wahltermine bei Landtags- oder Kommunalwahlen ist das ein außerordentlich hoher Bekanntheitsgrad, der auf die hohe Bedeutung der Bundestagswahl im Vergleich zu Wahlen auf anderen Politikebenen hinweist.

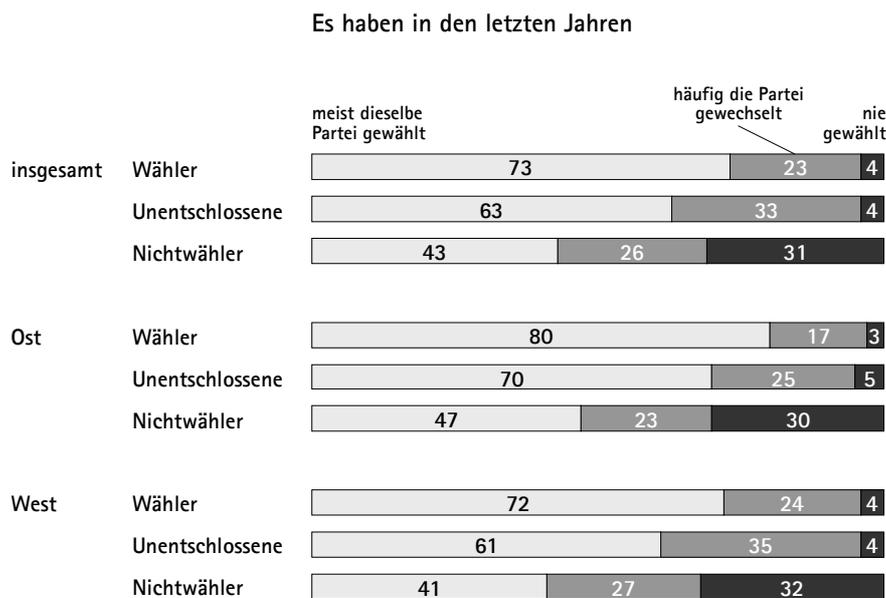
■ Bekanntheit des Wahltermins der nächsten Bundestagswahl



Dass sich viele Nichtwähler durchaus noch als Wähler fühlen, zeigt auch, dass nur 31 Prozent der Nichtwähler auf die Frage, ob man in den letzten Jahren immer dieselbe Partei gewählt oder aber häufig die Partei gewechselt habe, angeben, sie hätten in den letzten Jahren nie gewählt. 43 Prozent der Nichtwähler geben an, sie hätten immer dieselbe Partei gewählt, 26 Prozent, sie hätten häufig die Partei gewechselt.

Von den Wählern bezeichnen sich 73 Prozent als „Stammwähler“, 23 Prozent sind Wechselwähler. Von den derzeit Unentschlossenen sind 63 Prozent Stammwähler, 33 Prozent Wechselwähler.

■ Parteiwechsler

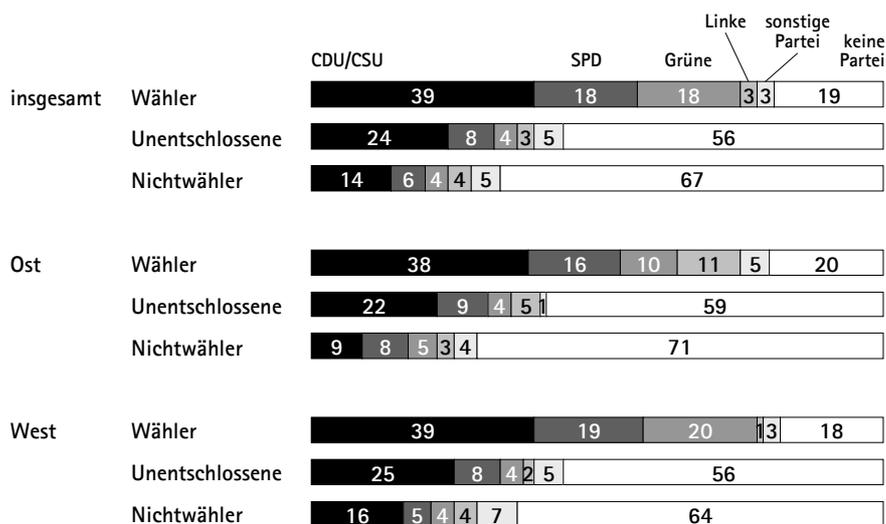


Viele Nichtwähler, die sich noch nicht als Dauernichtwähler, sondern eher als „sporadische“ Nichtwähler fühlen und eigentlich gerne wieder wählen würden, werden jedoch durch ihre Distanz zur Politik davon abgehalten. So können sich 67 Prozent aller Nichtwähler (71 Prozent in Ost-, 64 Prozent in Westdeutschland) nicht mehr mit einer Partei identifizieren. Von den Wählern identifizieren sich jedoch rund 80 Prozent mit einer der Parteien.

Bei den „Unentschlossenen“, die sich noch gar nicht als potentielle Nichtwähler fühlen, ist ebenfalls schon eine gewisse Distanz zur Politik zu registrieren. Von ihnen gibt mehr als die Hälfte (56 Prozent aller Unentschlossenen und 59 Prozent in Ostdeutschland) an, sie würden sich mit keiner Partei identifizieren. Dieser Anteil ist zwar etwas geringer als bei den Nichtwählern, aber fast dreimal so hoch wie bei denen, die sich noch an Wahlen beteiligen.

■ Partei-Identifikation

Zur Zeit gefällt am besten



5.2 Vermutete Motive der Nichtwähler

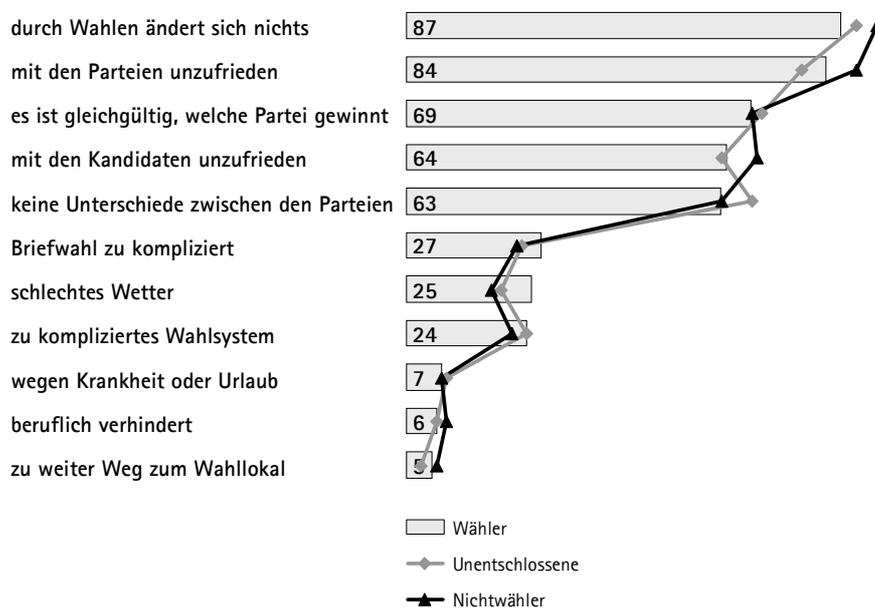
Die befragten Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler wurden gebeten anzugeben, welche Gründe für die hohe Zahl der Nichtwähler ihrer Meinung nach verantwortlich sein könnten.

Am häufigsten (von 80 oder mehr Prozent) werden als Motive der Nichtwähler vermutet: Der Glaube, dass man durch Wahlen nichts ändern könne, sowie eine Unzufriedenheit mit dem Zustand der Parteien. Über 60 Prozent vermuten als Motive der Nichtwähler, dass sie mit dem Kandidatenangebot nicht zufrieden waren, zwischen den Parteien nicht unterscheiden konnten bzw. dass sie dem Wahlausgang keine große Bedeutung beimessen.

Hürden des Wahlsystems bzw. der Wahlvorschriften (Wahlverfahren, Briefwahl) oder das Wetter nennen deutlich weniger Befragte. Und persönliche Gründe (Krankheit, Urlaub, berufliche Verhinderung) sowie weite Wege zum Wahllokal vermutet nur eine kleine Minderheit.

Die Einschätzungen der Motive der Nichtwähler unterscheiden sich zwischen den drei Gruppen kaum. Die große Mehrheit aller drei Gruppen vermutet, dass vor allem Distanz zur Politik und Unzufriedenheit mit dem inhaltlichen und personellen Angebot der Parteien für die hohe Wahlenthaltung in Deutschland verantwortlich sind.

■ Vermutete Motive der Nichtwähler



Häufig hört man die - sich an sich widersprechenden - Thesen, dass sich die Wähler bei ihrer Wahlentscheidung dadurch beeinflussen lassen, welche Partei in den Umfragen vor einer Wahl vorne liegt und als vermutlicher Sieger gilt („Bandwagon-Effekt“) bzw. welche Partei bei den Umfragen abgeschlagen ist („Mitleidseffekt“).

Empirische Untersuchungen - in Deutschland zuletzt im Umfeld der letzten Bundestagswahlen - bestätigen zwar immer wieder, dass es derartige die Wahl beeinflussende Effekte nicht gibt. Doch das hindert viele nicht daran, an der einen oder anderen dieser beiden Thesen festzuhalten.

Die befragten Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler aber geben mit großer Mehrheit an, sie würden sich bei ihrer Wahlentscheidung weder dadurch beeinflussen lassen, welche Partei wie der sichere Sieger aussieht, noch dadurch, welche Partei in den Umfragen chancenlos ist.

▪ „Bandwagon-“ oder „Mitleidseffekt“?

		Es würden eine Partei wählen, auch wenn...	
		... sie wie der sichere Gewinner aussieht	... sie keine Chance hat, die Wahl zu gewinnen
		%	%
insgesamt	Wähler	88	71
	Unentschlossene	79	73
	Nichtwähler	66	70
Ost	Wähler	86	77
	Unentschlossene	76	74
	Nichtwähler	66	69
West	Wähler	89	70
	Unentschlossene	80	73
	Nichtwähler	66	71

6. Vermutete Folgen von Wahlrechtsänderungen

Es sind vielfach Vorschläge zu hören, wie der zunehmenden Wahlmüdigkeit in Deutschland begegnet werden könne. Einer davon ist, schon die 16- bis 17-Jährigen wie bereits bei einigen Kommunalwahlen auch bei einer Bundestagswahl wählen zu lassen.

Dies befürwortet aber nur eine Minderheit der Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler. Selbst von den jungen Wählern und Nichtwählern spricht sich nur eine Minderheit von 30 Prozent dafür aus, schon 16- und 17-Jährigen das Wahlrecht bei einer Bundestagswahl zuzugestehen.

Diese Einschätzung der drei befragten Gruppen steht im übrigen in Einklang damit, dass sich - sofern es statistisch zu ermitteln ist - nur eine kleine Minderheit der 16- und 17-Jährigen auch tatsächlich an den Wahlen beteiligt, bei denen diese beiden Altersgruppen wählen dürfen.

▪ Wahlrecht für 16- bis 17-Jährige?

Auch bei Bundestagswahlen sollten 16- und 17-Jährige wählen dürfen

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	23	22	19
Ost	28	20	22
West	22	22	19
Männer	22	17	20
Frauen	23	25	18
18- bis 29-Jährige	30	44	30
30- bis 44-Jährige	34	26	24
45- bis 59-Jährige	25	23	19
60 Jahre und älter	15	17	16

Für die Einführung einer Wahlpflicht, so wie sie z.B. in Ländern wie Belgien oder Australien besteht, sprechen sich nur 10 Prozent der Wähler, 7 Prozent der Unentschlossenen und 6 Prozent der Nichtwähler aus.

Lediglich bei den jüngeren Befragten in allen drei Gruppen ist die Zustimmung etwas größer als in den anderen Altersgruppen.

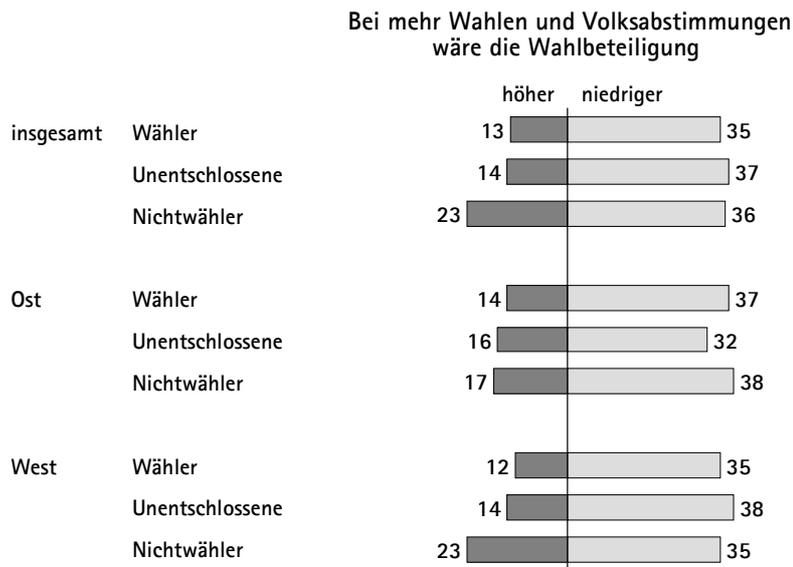
▪ **Wahlpflicht in Deutschland?**

Es sollte auch in Deutschland eine Wahlpflicht eingeführt werden

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	10	7	6
Ost	12	11	6
West	9	6	6
Männer	12	7	8
Frauen	6	7	5
18- bis 29-Jährige	15	14	16
30- bis 44-Jährige	16	13	7
45- bis 59-Jährige	7	4	5
60 Jahre und älter	8	6	6

Immer wieder gibt es in der öffentlichen und politischen Diskussion auch die Forderung, mehr Formen direkter Demokratie wie regelmäßige Volksentscheide einzuführen. Dies würde aber nach Meinung der meisten befragten Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler nicht dazu führen, dass die Wahlbeteiligung generell ansteigt. Nur 13 Prozent der Wähler, 14 Prozent der Unentschlossenen und 23 Prozent der Nichtwähler sind der Meinung, dass ein Mehr an „direkter Demokratie“ zu einer höheren Wahlbeteiligung führe. Mehr Befragte in allen drei Gruppen (35 bis 37 %) glauben, dass die Wahlmüdigkeit sogar größer würde, wenn es noch mehr Wahlen als heute gäbe bzw. Volksentscheide in größerem Maße als heute eingeführt würden.

■ Höhere Wahlbereitschaft bei mehr direkter Demokratie?



Diskutiert wird regelmäßig auch darüber, die Stimmabgabe per Internet zu ermöglichen. Diese Möglichkeit wird - wie verschiedene Untersuchungen zeigen - von vielen Bürgern prinzipiell befürwortet. Die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung befragten Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler stehen Online-Wahlen ebenfalls eher positiv gegenüber und glauben mehrheitlich (64 bis 69 %), dass von dieser Möglichkeit viele Wähler Gebrauch machen würden.

Selbst per Internet würden ihre Stimme nach heutiger Einschätzung 53 Prozent der Wähler, 43 Prozent der Unentschlossenen und 41 Prozent der Nichtwähler abgeben, wenn die Möglichkeit dazu geschaffen würde.

Die Bereitschaft, per Internet abzustimmen, ist bei den jüngeren Befragten ausgeprägter als bei den älteren, über 60 Jahre alten, von denen nur eine Minderheit an Online-Wahlen teilnehmen würde.

Ob allerdings die Wahlbeteiligung tatsächlich steigen würde, wenn es Online-Wahlen gäbe, ist durchaus fraglich.

▪ Meinungen zu Online-Wahlen

	Von der Möglichkeit von Online-Wahlen würden Gebrauch machen					
	viele Wähler			selbst		
	Wähler %	Unent- schlossene %	Nicht- wähler %	Wähler %	Unent- schlossene %	Nicht- wähler %
insgesamt	69	65	64	53	43	41
Ost	70	57	57	53	44	34
West	69	67	67	53	42	44
Männer	65	59	61	56	44	48
Frauen	74	69	67	48	42	35
18- bis 29-Jährige	83	91	70	71	61	70
30- bis 44-Jährige	76	78	79	72	55	65
45- bis 59-Jährige	82	66	65	58	51	42
60 Jahre und älter	55	56	56	37	29	26

7. Ausgewogene Vertretung in Parlamenten?

Während eine Ausdehnung des Wahlrechts auf 16- und 17-Jährige oder mehr Möglichkeiten direkter Demokratie die Wahlbeteiligung nach Einschätzung der Wähler und Nichtwähler nicht erhöhen würde, könnte die Akzeptanz von Wahlen vielleicht dadurch erhöht werden, dass in den Parlamenten wieder mehr Abgeordnete aus allen Bevölkerungsschichten vertreten wären als es heute der Fall ist.

Nur wenige Wähler, Unentschlossene und Nichtwähler glauben nämlich, dass heute in den Parlamenten alle Gruppen der Bevölkerung angemessen vertreten sind.

- **Ausgewogene Vertretung in Parlamenten?**

	In den Parlamenten sind alle Gruppen der Bevölkerung vertreten		
	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	20	11	11
Ost	18	10	8
West	20	12	12
Männer	22	14	11
Frauen	18	9	11
Arbeiter	13	32	4
Angestellte	22	10	15
Beamte	26	38	18
Selbständige	13	5	13

In den Parlamenten überrepräsentierte Gruppen sind nach Einschätzung der Befragten öffentlich Bedienstete (Beamte und Lehrer), Vertreter der Wirtschaft (Unternehmer, Anwälte, Bankvertreter) und der „oberen Schichten“ sowie Lobbyisten und Berufspolitiker.

▪ In Parlamenten überrepräsentierte Gruppen

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
Beamte	28	27	16
Lehrer	6	5	3
Wirtschaft, Unternehmer	22	17	18
Juristen, Anwälte	15	11	9
Bankvertreter	3	2	3
obere Schichten	23	20	23
Lobbyisten	14	14	17
Berufspolitiker	15	18	18

Da nur eine Minderheit der Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler der Meinung ist, dass heute alle Gruppen der Bevölkerung in den Parlamenten vertreten sind, würde es mehrheitlich begrüßt, wenn der Anteil des öffentlichen Dienstes unter den „Volksvertretern“ wieder reduziert würde. Über 70 Prozent der Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler fänden das gut.

▪ Reduzierung des Anteils von Politikern aus dem öffentlichen Dienst?

Es wäre gut, wenn es unter den Politikern weniger Beamte als heute gäbe

	Wähler %	Unentschlossene %	Nichtwähler %
insgesamt	74	73	72
Ost	68	71	71
West	75	73	72
Arbeiter	80	66	65
Angestellte	75	74	72
Beamte	55	24	53
Selbständige	84	89	77

8. Zusammenfassung

Die Befunde der vorliegenden Untersuchung bestätigen zunächst die durch die Analysen der Wahlergebnisse und die Daten der Repräsentativen Wahlstatistik bekannte Tendenz, dass Wahlberechtigte in den neuen Bundesländern eher zur Wahlenthaltung neigen als die Wahlberechtigten in den alten Bundesländern.

Die Befunde zeigen weiterhin, dass Frauen in überdurchschnittlichem Maße unter den Unentschlossenen zu finden sind, also jenen, die sich noch nicht als „Nichtwähler“ deklarieren, aber unsicher sind, ob sie zur Wahl gehen bzw. welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, wenn sie zur Wahl gingen. Hier ist somit ein großes Reservoir für neue Nichtwähler vorhanden.

Eindeutig bestätigt wurden einige Ergebnisse früherer Studien, nach denen Wahlberechtigte, die zur Wahlabstinenz neigen, eher zu denen gehören, die ein geringes Einkommen beziehen. Entsprechend ausgeprägt ist das Gefühl der subjektiven sozialen Benachteiligung (abzulesen an den deutlich pessimistischeren Wirtschaftserwartungen der Unentschlossenen und vor allem der Nichtwähler). Generell kann festgehalten werden, dass sich die privilegierten oberen sozialen Schichten weiterhin an Wahlen beteiligen, die weniger privilegierten unteren sozialen Schichten jedoch den Wahlen in immer stärkerem Maße fernbleiben.

Trotz der objektiven ökonomischen Benachteiligung und des ausgeprägten Gefühls subjektiver sozialer Benachteiligung wandern Unentschlossene und Nichtwähler nicht an den linken oder rechten Rand des politischen Spektrums, sondern verorten sich selbst in der politischen Mitte.

Nichtwähler und Unentschlossene sind nicht - wie oft unterstellt - apathisch und am politischen Geschehen völlig desinteressiert. Wie bei den Wählern ist vor allem das Interesse am Geschehen im Wohnort unverändert groß. Unentschlossene und vor allem Nichtwähler aber zeigen sich an der Politik auf Bundesebene weniger interessiert als diejenigen, die noch zur Wahl gehen. Dies dürfte aufgrund der Befunde der vorliegenden Untersuchung in erster Linie auf die große Entfremdung zurückzuführen sein, die zwischen den zur Wahlenthaltung Neigenden und der Politik in Deutschland entstanden ist. Als generelles Desinteresse der Nichtwähler am politischen Geschehen darf dies nicht missdeutet werden.

Als Informationsquellen für das Geschehen vor Ort, in Deutschland und der Welt werden trotz aller Verbreitung der neuen Medien von den Wählern und Unentschlossenen, aber auch von den Nichtwählern vor allem die klassischen Medien (Fernsehen, Radio, Zeitung) und - neben dem Internet - auch persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten, Arbeitskollegen und Nachbarn genutzt.

Das Internet wird erwartungsgemäß von den jungen Wahlberechtigten (ob Wähler oder Nichtwähler) am häufigsten als Informationsquelle herangezogen. Die BILD-Zeitung wird von Nichtwählern insgesamt, aber auch von den jungen Nichtwählern häufiger genutzt als von den Wählern.

▪ **Mediennutzung: Wähler und Nichtwähler**

		insgesamt	18- bis 29- Jährige
		%	%
TV-Nachrichten	Wähler	77	55
	Nichtwähler	68	35
lokale Zeitung	Wähler	66	51
	Nichtwähler	52	37
BILD-Zeitung	Wähler	9	12
	Nichtwähler	14	14
Internet	Wähler	60	86
	Nichtwähler	49	70
persönliche Gespräche	Wähler	45	47
	Nichtwähler	43	35

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie bestätigen das Fazit einer Untersuchung der Universität Hohenheim zur politischen Kommunikation im Bundestagswahlkampf 2009, nach der „das Internet als eine weitere Informationsquelle ... inzwischen einen festen Platz“ einnimmt und „zum traditionellen Medium Tageszeitung aufgeschlossen hat“, aber das „Leitmedium“ im Wahlkampf „immer noch ...das Fernsehen“ bleibt.

Beim „Leitmedium“ Fernsehen zeigen die Angaben der Befragten eine ausgeprägte Hierarchie der einzelnen TV-Anbieter (die nicht unbedingt die objektive Nutzungsstruktur widerspiegelt, sondern auch durch das Image der einzelnen Sender bzw. durch sozial erwünschtes Antwortverhalten bedingt sein kann). Nach den öffentlich-rechtlichen Anbietern ARD und ZDF werden die verschiedenen Nachrichtenkanäle als Informationsquelle angegeben. Das Schlusslicht bilden die privaten Anbieter RTL, Sat.1 und Pro7.

Wie gering die privaten Anbieter als Medium eingeschätzt werden, das auch Informationen über das politische Geschehen vermittelt, zeigt deutlich das Ergebnis auf die Frage, ob die einzelnen TV-Sender in ausreichendem Maße über das politische Geschehen informieren. Hier kann die große Mehrheit der Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler kein Urteil über das Ausmaß der Berichterstattung bei den privaten TV-Anbietern abgeben.

Beim Internet spielen derzeit die sozialen Netzwerke sowie Blogs oder Foren bei der Informationsvermittlung über das politische Geschehen noch eine geringere Rolle als Internetseiten der klassischen Medien Zeitung und Fernsehen. Auch das bestätigt einen Befund der Hohenheim-Studie zur Wahl 2009, nach der „die intensiv diskutierten Web-2.0-Angebote ... 2009 kaum eine Rolle spielten.“

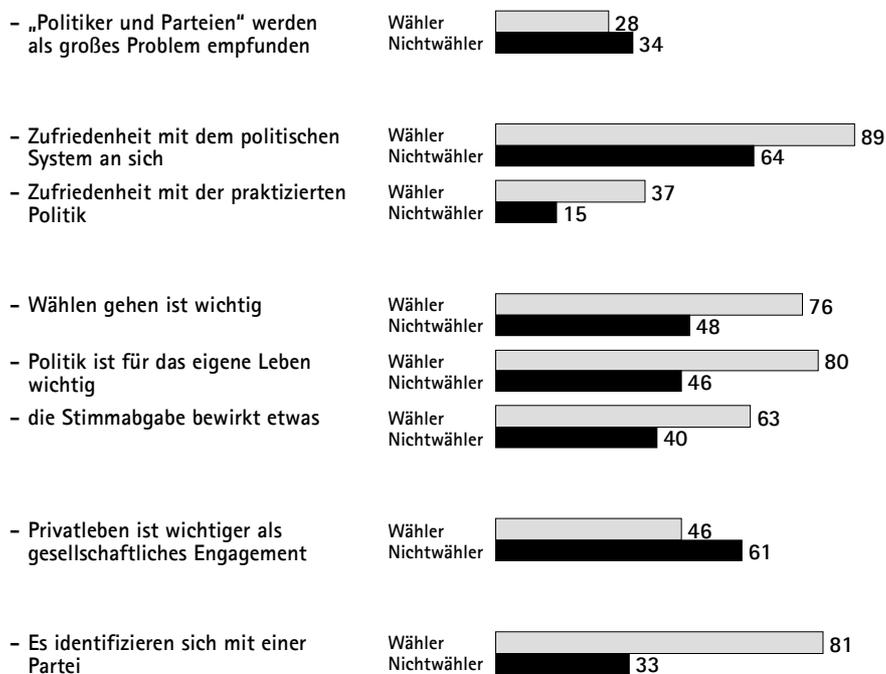
Die in Talkshows behandelten Themen interessieren die Mehrheit der Wähler und Nichtwähler wenig. Zudem werden Talkshows von der Mehrheit als eher klamaukhaft empfunden.

Ein großes Problem haben Wähler wie auch Unentschlossene und Nichtwähler mit der Sprache der Politiker: Nur eine Minderheit (35 Prozent der Wähler und 29 Prozent der Nichtwähler) versteht noch, was die Politiker sagen. Die Berichterstattung der Medien wird hingegen noch von der Mehrheit verstanden. Doch weniger Nichtwähler (76 %) als Wähler (84 %) empfinden die Berichterstattung der Medien als verständlich.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie belegen eindeutig, dass aus Wählern nicht deshalb Nichtwähler werden, weil sie mit dem Zustand der Politik - wie von einigen behauptet wird - zufrieden sind. Im Gegenteil: Der entscheidende Beweggrund für die größer werdende Wahlabstinenz ist der eingetretene Entfremdungsprozess zwischen Bürgern und Politik.

Die nachfolgende Übersicht zeigt noch einmal zusammenfassend, welche Differenzen zwischen den Einstellungen, Einschätzungen und Wertungen der Wähler und Nichtwähler vorhanden sind. So nennen bei der offenen, ohne jede Vorgaben gestellten Frage nach den größten Problemen in Deutschland 28 Prozent der Wähler, aber 34 Prozent der Nichtwähler Unmut über Politiker und Parteien. 89 Prozent der Wähler, aber nur 64 Prozent der Nichtwähler sind noch mit dem im Grundgesetz festgelegten politischen System zufrieden. Mit der Politik, so wie sie zur Zeit betrieben wird, sind 37 Prozent der Wähler, aber nur 15 Prozent der Nichtwähler zufrieden. Die Bedeutung von Wahlen schätzen 76 Prozent der Wähler, hingegen nur 48 Prozent der Nichtwähler als hoch ein. Dass die Politik für das eigene Leben wichtig ist, glauben 80 Prozent der Wähler, aber nur 46 Prozent der Nichtwähler. 61 Prozent der Nichtwähler halten das Privatleben für wichtiger als gesellschaftliches Engagement, bei den Wählern sind es mit 46 Prozent deutlich weniger. Und: Mit einer Partei identifizieren sich noch 81 Prozent der Wähler, aber nur 30 Prozent der Nichtwähler.

■ Indikatoren der Entfremdung



Dass der im Verlauf der letzten Jahre (und fast schon Jahrzehnte) eingetretene, zunächst schleichende, dann immer deutlicher zutage getretene Entfremdungsprozess zwischen Politik und Bürger der Hauptgrund für die steigende Zahl von Nichtwählern ist, wird auch durch die Einschätzung der Wähler und Nichtwähler über die Gründe der hohen Wahlenthaltung bestätigt: Dass die Unzufriedenheit mit dem Angebot der Parteien der Hauptgrund für die hohe Zahl der Nichtwähler ist, glauben 84 Prozent der Wähler und 90 Prozent der Nichtwähler. Und dass das Gefühl, durch Wahlen nichts ändern zu können, die Nichtwähler vom Gang zur Wahlurne abhält, das glauben 87 Prozent der Wähler und 94 Prozent der Nichtwähler.

Die vorliegende Studie bestätigt - wie schon die frühe Studie von infas aus dem Jahr 1970 -, dass es noch keine große Zahl von Dauernichtwählern gibt, die nicht wieder als Wähler zu gewinnen wären. Noch ist die Charakterisierung der Nichtwähler als „sporadische Nichtwähler“ gerechtfertigt, weil sich die meisten Nichtwähler eigentlich als „Wähler auf Urlaub“ fühlen.

9. Schlussfolgerungen

Die Untersuchung zeigt auf, wie gefährlich der Teufelskreis ist zwischen der immer geringer werdenden Bindekraft der Volksparteien, der damit geförderten Wechselbereitschaft, Unsicherheit und letztlich Unzufriedenheit und dem schließlich daraus resultierenden Akt der Wahlenthaltung, der wiederum zur permanenten Wahlverweigerung führen kann.

Wird dieser Teufelskreis nicht durchbrochen, ist ein weiterer Anstieg der Zahl der Nichtwähler die zwangsläufige Folge.

Allerdings haben einige der öffentlich diskutierten Vorschläge, die Attraktivität von Politik und Wahlen zu stärken, wohl wenig Aussicht auf Erfolg. Dazu gehört z.B. die Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre auch bei Bundestagswahlen. Wo diese Herabsetzung bei Wahlen bisher eingeführt wurde (wie zuletzt bei den Bürgerschaftswahlen im Land Bremen), war die Beteiligung der 16- bis 17-Jährigen extrem gering. Die Einschätzung der im Rahmen der vorliegenden Studie befragten Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler, die eine Herabsetzung des Wahlalters eher skeptisch beurteilen, steht somit in Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Wahlverhalten (auch in Bremen ist die Wahlbeteiligung durch das Wahlrecht für 16- bis 17-Jährige nicht angestiegen, sondern weiter gesunken).

Ebenso wenig wie eine Herabsetzung des Wahlalters dürfte die häufig zu hörende Forderung nach mehr „direkter Demokratie“ zu einer Erhöhung der Wahlbereitschaft führen. Dies sehen die befragten Wähler, Unentschlossenen und Nichtwähler mehrheitlich auch so - vor allem aber wird es durch die Erfahrungen bei der Einführung plebiszitärer Elemente bestätigt. So ist zum einen die Wahlbeteiligung bei Volks- bzw. Bürgerentscheiden im allgemeinen sehr niedrig (der Volksentscheid in Baden-Württemberg über den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs mit einer relativ hohen Wahlbeteiligung ist eine Ausnahme).

Und dort, wo (wie z.B. bei den Kommunalwahlen in Hessen) plebiszitäre Komponenten eingeführt wurden (Direktwahlen der Bürgermeister, personalisierte Wahlmöglichkeiten bei der Wahl der Gemeindevertreter, etc.) steigt die Wahlbeteiligung nicht, sondern sinkt (in Hessen, wo lange Zeit bei einem reinen Verhältniswahlrecht die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen fast so hoch wie bei Landtagswahlen war, ist die Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunalwahlen 2006 und 2011 flächendeckend unter die 50-Prozent-Marke gesunken). Die in der vorliegenden Studie ermittelte geringe Partizipationsneigung der Nichtwähler im Vergleich zu der der Wähler spricht im übrigen auch dagegen, dass mehr Partizipationsangebote die Wahlbereitschaft erhöhen würden.

Nach dem Ergebnis der vorliegenden Untersuchung scheint eine „nachhaltige“ Erhöhung der Wahlbereitschaft der Wahlbürger nur dann zu erreichen zu sein, wenn die große Entfremdung zwischen Politik und Bürgern reduziert wird.

Um diese Entfremdung reduzieren zu können, ist in erster Linie die Politik selbst gefordert. Sie könnte z.B. dafür sorgen, dass das heute vorhandene und von den Bürgern beklagte Übergewicht des öffentlichen Dienstes bei den politischen Mandatsträgern rückgängig gemacht würde und sich die gesellschaftliche Pluralität auch wieder bei den Parlamentariern finden würde. Die Politik könnte auch wieder mit einer verständlicheren Sprache sprechen als es heute der Fall ist.

Die Politik könnte weiterhin wieder stärker als heute darauf achten, dass bei politischen Entscheidungsprozessen nicht die Interessen von Minoritäten eine stärkere Berücksichtigung als die Interessen der großen Mehrheit finden. Gerade die eher wenig privilegierten Schichten der Bevölkerung, die heute in überproportionaler Zahl bei Wahlen zu Hause bleiben, haben das Gefühl, das viele Politiker kein „Ohr“ mehr haben für ihre Sorgen, Nöte, Ängste und Probleme. Durch die hohe Wahlenthaltung der unteren sozialen Schichten haben Klientelparteien der oberen Einkommens- und Bildungsschichten einen - nach Einschätzung der Mehrheit vieler Bürger - unangemessen großen Einfluss auf die Politik gewonnen. Hier müssten die Volksparteien, die noch in den 1980er Jahren rund drei Viertel aller Wahlberechtigten an sich binden konnten, heute aber selbst bei Bundestagswahlen noch nicht einmal mehr von zwei Fünfteln aller Wahlberechtigten gewählt werden, zumindest einen Teil ihrer alten Bindkraft wieder erlangen.

Neben der Politik müssten aber auch die Medien ihre Rolle bei der Vermittlung von Politik überdenken. Dabei bestätigen die Ergebnisse der Studie, dass die neuen Medien allein kein Allheilmittel gegen die vorherrschende Verdrossenheit über die politischen Akteure sind. Bei aller Bedeutung des Internets: Vor allem sind auch die klassischen Medien gefragt, wenn es um die Reduzierung der Entfremdung zwischen Bürgern und Politik geht. Nachgedacht werden sollte dabei zunächst über den Stellenwert, den die Politik im Angebot der einzelnen Medien hat. Bedenklich stimmt an den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung, dass die privaten TV-Anbieter offenbar bei der Wahrnehmung der Medien, die über Politik informieren, weitestgehend ausgeklammert werden, und dass ein Medium wie die BILD-Zeitung - anders als alle anderen Medien - von den Nichtwählern in stärkerem Maße genutzt wird als von den Wählern.

Ganz wichtig ist, den Stellenwert von Wahlen - ähnlich wie es z.B. in den skandinavischen Ländern der Fall ist - auch in Deutschland wieder zu stärken. Dabei ist allerdings die in Deutschland anders als in anderen Ländern in immer stärkerem Maße genutzte Briefwahl ein Hindernis, da die Briefwahl mit dazu beiträgt, den Wahltag an sich zu entwerten. Insofern dürfte auch die von vielen propagierte Einführung von Online-Wahlen keine Abhilfe schaffen. Zwar würden Online-Wahlen an sich von vielen Bürgern generell akzeptiert - ob sie aber tatsächlich die Wahlbeteiligung steigern würden, muss bezweifelt werden.

Um den Wahlen in Deutschland wieder einen höheren Stellenwert zu geben, müsste man sie von anderen „Events“ deutlich abheben und die Bedeutung der Stimmabgabe und den Ernst der Wahlhandlung hervorheben und betonen.